Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 38 — 2. Jahrgang | Saarbrücken, Donnerstag, den 15. Februar 1934 | Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Vorgeschichte des Staatsstreichs Seite 2

Oesterreichs Schlachtfeld Seite 3

Katholischer Saar-Redakteur terrorisiert Seite 5

Paul Löbe Seite 7

Inseratenteil beachten!

Ruhmvolle Niederlage

Ende der sozialdemokratischen Freiheitsschlacht in Oesterreich — Heldentum der Arbeiter und ihrer Frauen — Der Austro-Klerikalismus eidbrüchig und mörderisch — Ende der europäischen Demokratie — Heroischer Auftakt der sozialistischen Revolution

Ehrenvoll geschlagen

Das Niederwerfen der Arbeiter

Wien, 14. Febr. (Eig. Bericht.) Um 12 Uhr mittags wird in Floridsdorf und an einigen anderen Stellen der äußeren Stadt noch gekämpft. Auch in einigen Teilen der Provinz sind noch Gefechte im Gange. Die sozialdemokratischen Gruppen, die ohne Verbindung mit andern Teilen der Front sind und die Gesamtlage daher nicht überblicken können, setzen an manchen Stellen den Widerstand mit großer Erbitterung fort. Da und dort handelt es sich auch nur um überlegte Rückzugsgefechte. Es darf aber kein Zweifel obwalten, daß die Bundesregierung tatsächlich militärisch gesiegt hat, und die Kämpfe noch im Laufe dieses Tages mit dem Niederwerfen der verfassungstreuen Sozialdemokraten enden müssen.

Die Versuche, sozialdemokratische Führer zu diffamieren, werden diesmal nicht gelingen. Ohne Widerstand verhaftet wurden nur greise Veteranen der Partei, die auf ihren politischen Posten in der inneren Stadt auf Parteibefehl aushalten mußten, wie etwa der siebzigjährige Bürgermeister Seitz, der schwer herzleidend im Gefängnislazarett liegt. Dr. Julius Deutsch und Otto Bauer haben sich führend und aktiv an den Kämpfen beteiligt und den Arbeitern ein Beispiel persönlicher Tapferkeit gegeben. Otto Bauer konnte sich nach dem Zusammenbruch seines Frontabschnittes in Sicherheit bringen. Ueber das Schicksal von Dr. Julius Deutsch, dem Gründer und Führer des Schutzbundes und früheren Wehrminister ist zur Stunde nichts bekannt.

•

D. F. Seit 48 Stunden tobt an vielen Stellen die Verteidigungsschlacht der Sozialdemokratie um die Freiheit in Oesterreich. Mit Erstaunen und auch dort, wo sie den Sozialismus haßt, mit Bewunderung blickt die Welt auf das Heldentum der österreichischen Arbeiterklasse. Dieses Arbeitsvolk bietet in Generalstreik und Bürgerkrieg seit Tagen ein Schauspiel von unerhörtem Opfergeist und tollkühner Ueberzeugungstreue. Die an Truppenzahl und Waffen weit überlegenen Kräfte des Mördertrios Dollfuß-Frey-Starhemberg haben bisher den Widerstand nicht ganz brechen können. Alle militärischen Mittel, die der Friedensvertrag von St. Germain Oesterreich erlaubt, sind gegen die kämpfende Sozialdemokratie eingesetzt, auch Artillerie und Minenwerfer. Sogar Flugzeuge sind zur Erkundung aufgestiegen. Daß es nicht Bombenflugzeuge sein können, die reihenweise Arbeiterhäuser in Trümmer legen würden, wird der fromme Bundeskanzler Dollfuß gewiß recht bedauern. Der Friedensvertrag hat auch Oesterreich Bombenflugzeuge versagt. Sonst würden ihre Gasbomben ebenso gewiß Frauen und Kinder in dichtbewohnten Stadtvierteln vergiften, wie jetzt Granaten in den Arbeiterbezirken österreichischer Städte Frauen und Kinder zermalmen und zerreißen.

Es ist ein grandioses Symbol des kämpfenden Sozialismus, daß die Schlacht um Wien gerade dort sich konzentrierte, wo unter sozialistischer Gemeinderegierung Wohnsiedlungen, vorbildlich für die ganze Welt, errichtet worden sind. In den Häuserblocks und Straßen, deren Namen die großen Denker und Kämpfer des Sozialismus ehren, leisten die sozialdemokratischen Schutzbündler ihren heldenhaften Widerstand. Die Grünflächen, auf denen Wiens Arbeiterkinder, die so lange in die engen Höfe der Grundstücksspekulation gesperrt waren, spielten, werden nun vom Blute ihrer Väter gedüngt. Die Feinde sozialistischer friedlicher Aufbaupolitik schießen die Siedlungshäuser zusammen und töten ihre Verteidiger. Der Haß gegen sozialistische Gemeinschaft, lange schon wach, ist aufgestanden, um sein Vernichtungswerk zu vollführen.

Die Verluste sind, wie uns ein Privattelefonat mit Wien mitteilt, grauenhaft. Es fehlt in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter an dem Nötigsten zur Pflege und zur Rettung der Verwundeten. Nur ein kleiner Teil ist in ärztlicher Pflege. Die Krankenhäuser sind überfüllt, soweit sie überhaupt für die verwundeten Sozialdemokraten erreichbar sind. Verbandstoff ist kostbar wie Munition. Arbeiterfrauen und Arbeitermädchen bemühen sich im Kugelregen um die Opfer der Freiheitsschlacht. Wie hoch die Zahl der verletzten Frauen und Mädchen und Kinder ist, kann einstweilen nicht übersehen werden. Gewiß ist, daß Frauen und Mädchen während ihrer Hilfe für Verwundete den Kugeln und Granaten zum Opfer gefallen sind. Die Arbeiter-Sanitätskolonnen arbeiten ohne Pause und finden hilfsbereit Unterstützung bei der Arbeiterbevölkerung, die freiwillig ihre letzte Habe für die ruhmvoll Verwundeten hergibt.

Wie schwer die Kämpfe sind und welche Uebermacht die Bundesregierung braucht, wenn sie ihr blutiges Staatsverbrechen vollenden will, beweist die Tatsache, daß der Bundeskanzler alle ehemaligen Kriegsteilnehmer aufgerufen hat, sich als Freiwillige sich in die Schlacht gegen die Sozialdemokratie einzureihen. Bundestruppen, Polizei und Gendarmerie reichen nicht aus, den Mordbefehl an der österreichischen Sozialdemokratie zu vollstrecken. Unter Bruch des Friedensvertrages verstärkt der Bundeskanzler die Armee gegen Oesterreichs sozialdemokratische Arbeiter und vermehrt so die blutige Schmach, in die er das unglückliche Land gerissen hat.

Als Arbeitermörder steht nun Dollfuß mindestens ebenbürtig neben den Hitler und Göring. Die drei und ihre Kreaturen können sich brüderlich die blutbesudelten Hände reichen. Dollfuß ist den österreichischen Nationalsozialisten im Arbeiterschlachten nur zuvorgekommen. Die Nationalsozialisten würden eine nicht geringere Blutarbeit geleistet haben. Wie auch Austrofaschismus und Nationalsozialismus sich unterscheiden mögen, einig sind sie in ihrem Haß gegen jede wirklich sozialistische Neugestaltung. Der Bürgerkrieg, den Dollfuß gegen die Sozialdemokratie begonnen hat, ist ein Verzweiflungsstreich auch gegen die Nationalsozialisten. Dollfuß und die Seinen lassen nicht auf die Nationalsozialisten schießen, mit denen sie viele Berührungspunkte haben. Dollfuß hofft, sich so gegen den Nationalsozialismus behaupten zu können. Die Nationalsozialisten aber bewahren wohlwollende Neutralität im Bürgerkrieg, weil sie hoffen, wahrscheinlich mit Recht, daß Dollfuß ihnen durch seine Mordarbeit gegen den Marxismus die Tore zur Macht öffnen wird.

Der Bundeskanzler versucht, die Verantwortung an der großen österreichischen Schlacht auf die Sozialdemokraten abzuwälzen. Das wird ihm bei keinem Urteilsfähigen gelingen. Der Kampf ist durch den längst fälligen Heimwehrputsch und durch die gewaltsame Unterdrückung der Sozialdemokratie, durch ihr gewalttätiges Hinausdrängen aus ihren Positionen ausgebrochen. Die klerikale österreichische Regierung hat bedenkenlos ihre Eide gebrochen und gewissenlos einen mörderischen Machtkampf entfesselt.

Wir geben uns keinen Illusionen hin und wollen keine Illusionen hervorrufen: Oesterreichs Sozialdemokratie hat die Schlacht verloren. Die Arbeiter und mit ihnen die Bauern und der kleine Mittelstand sind niedergeschlagen. Eine ideenlose Schicht der hohen Bürokratie des degenerierten Aristokratentums und internationaler Kapitalisten steht als Sieger auf dem Schlachtfeld. Einstweilen. Keine Stunde werden sie sich ihres Erfolges freuen. Der Machtkampf wird nun zwischen der Bundesregierung Dollfuß und den Nationalsozialisten erst recht entbrennen, und die Gefahr nationaler Wirren mit internationalen Folgen ist unvermindert. Die Dollfuß und Fey und Starhemberg sind die fluchbeladenen Nachfolger des Fürsten Windischgrätz, der 1848 mit seinen kroatischen Truppen die demokratischen Bürger Wiens massakrierte und den deutschen demokratischen Revolutionär Robert Blum auf der Brigittenau standrechtlich erschießen ließ.

Die damals gemeuchelte Demokratie kehrte in jahrzehntelangem Ringen wieder. Nun ist sie auch in Oesterreich dahin. Eine große geschichtliche Epoche ist abgeschlossen. Das Bürgertum hat die Arbeiter, die um die Reste demokratischer Rechte kämpften, auch in Oesterreich niedergeworfen. Nun ist in ganz Europa die historische Bindung des sozialistischen Willens an die alten Formen der Demokratie vorüber. Die legale internationale Sozialdemokratie wird durch sozialrevolutionäre Aktionen mit dem nahen Ziele des Volkssozialismus abgelöst.

Die Schlacht in Oesterreich, in der alle waffenfähigen Führer mit den waffenfähigen Mannschaften der Arbeiterklasse zusammenstanden, ist der großartige Auftakt kommender revolutionärer Umgestaltungen in Europa. Die Freiheitsschlacht in Oesterreich ist ruhmvoll zu Ende. Das Ringen um die sozialistische Herrschaft über Europa in neuen Formen und mit neuen Kampfmitteln beginnt.

Widerstand bis zum äußersten

Die letzten Gefechtsberichte

Otto Bauer und Deutsch an der Spitze

Frische Schutzbündler im Kampfe

Wien, 14. Febr. (Eig. Drahtbericht). Das Ottakringer Arbeiterheim ist von den Sozialdemokraten erneut besetzt worden. Dem Schutzbund gelang es ferner, Polizei nebst Hilfstruppen in die Polizeikaserne in Simmering hineinzudrängen und einzuschließen. Die Kaserne wird von den Schutzbündlern unter Feuer gehalten. Bei einem Ausfallversuch der Polizei wurden 5 Polizisten erschossen. Es wird bestätigt, daß die sozialdemokratischen Führer Otto Bauer und Julius Deutsch nicht verhaftet sind, sondern den Kampf von außerhalb leiten. Auf ihre Tätigkeit wird es vor allem zurückgeführt, daß immer neue Schutzbündler und sozialdemokratische Arbeiter eingesetzt werden, während die Polizei- und Militärkräfte bereits Ermüdungserscheinungen aufweisen.

„Wir ergeben uns nicht!"

Die Gasarbeiter an die Regierung . . .

Wien, 14. Febr. (Eig Drahtbericht). Besonders kritisch ist für die Regierung die Lage beim Gaswerk. Das Ultimatum zur Uebergabe wurde von den Arbeitern des Gaswerks mit einer Gegenerklärung beantwortet. Sie ließen der Regierung mitteilen, daß sie sich nicht ergeben würden. In dem Augenblick, wo der erste Schuß gegen sie falle, und sie gezwungen seien, die Schüsse zu beantworten, würden sie das ganze Gaswerk in die Luft sprengen „um uns und die ganze Bevölkerung der Stadt, die eine solche Regierung toleriert, in die Ewigkeit zu befördern." Diese Ankündigung hat ungeheure Beunruhigung hervorgerufen, und gleichzeitig den Widerstandswillen der Kämpfenden gestärkt. Auch United Preß berichtet, daß es an verschiedenen Stellen der Stadt dem Schutzbund gelungen sei, die Truppen zu umzingeln und sie schwer zu bedrängen.

Der Kampf um die Höfe

Artillerie beschießt Häuserblocks — Pioniere in Aktion

Wien, 14. Februar (Eig. Drahtbericht). Mit einem Heldenmut von weltgeschichtlicher Bedeutung setzen die Wiener Arbeiter ihren Widerstand gegen den Heimwehrterror fort. Ihre Burgen sind in den Wiener Vororten vor allem jene großen Bauhöfe, die dem schöpferischen Geist der sozialdemokratischen verwalteten Wiener Gemeinde immer das höchste

Zeugnis ausstellen werden. Gegen diese Höfe hat in verschiedenen Vorstädten das Artilleriefeuer des Bundesheeres eingesetzt. Es kam zu richtigen Sturmangriffen, so etwa gegen den Karl-Marx-Hof, der von nicht weniger als 2000 Mietsparteien bewohnt wird. Der mittlere Komplex der Bauten ist schwer von Artillerietreffern mitgenommen, aber noch immer wird aus den Wohnungen geschossen. Die eigentliche Besatzung des Gebäudes soll in den Nachtstunden zum Mittwoch angeblich wegen Munitionsmangel die Waffen gestreckt haben. Aus Floridsdorf und Ottakring werden Kämpfe gemeldet, die noch von größerer Furchtbarkeit waren. Auf beiden Seiten fielen zahlreiche Opfer. Der **Floridsdorfer Bahnhof, der einer der Hauptstützpunkte der Arbeiterschaft war, ist durch mehrstündige Artilleriebeschießung dem Erdboden gleichgemacht worden.** An andern Stellen der Stadt jedoch halten die kämpfenden Arbeiter nach wie vor ihre Position. Dies wird von Stadelau und Jedlesee gemeldet. An der Reichsbrücke versuchen Pioniere Umgehungsmanöver auf Pontons, um nicht durch Artilleriefeuer die Brücke zerstören zu müssen.

In Simmering und Favoriten, wo angeblich die Exekutive Herr der Lage ist, finden immer noch Einzelkämpfe und Beschießungen von Polizisten statt. Ein großer Teil der Geschäfte ist geschlossen. Die Lebensmittelläden sind nahezu ausverkauft. Von den Wiener Theatern und Kinos wird berichtet, daß sie ihre Pforten die ganze Woche hindurch nicht öffnen werden. Ebenso bleiben die Schulen geschlossen.

500 Tote

Die Kämpfe dauern fort

Wien, 13. Febr. Die Kämpfe in den einzelnen Vororten in Wien hielten in den ersten Nachtstunden weiter an. Nur in der Innenstadt verstummte das Artillerie- und Maschinengewehrfeuer. Aus verschiedenen Vororten Wiens werden Ansammlungen von Schutzbündlern gemeldet, die sich zum Marsch auf die Bundeshauptstadt sammeln. Nach einer anderen Lesart soll es nicht zutreffen, daß von den Vororten aus Schutzbündler den Marsch auf Wien antreten wollen.

Ueber die Zahl der Toten ist bisher noch keine Klarheit vorhanden. Eine Schätzung lautet auf 384 Todesopfer. Im Allgemeinen Krankenhaus sollen 123 Personen ihren Verletzungen erlegen sein. Ferner heißt es, daß 100 Leichen beim Anatomischen Institut eingeliefert worden seien.

Aus den Bundesländern liegen ebenfalls Nachrichten vor, denen zufolge die Kämpfe noch keineswegs abgeschlossen sind.

London. Nach Informationen des Wiener Reutervertreters soll die Zahl der Todesopfer in ganz Oesterreich nicht unter 500 anzusetzen sein.

Wie Seitz verhaftet wurde!

Einem Schweizer sozialistischen Journalisten gelang es, mit dem Bürgermeister Seitz im Rathause Verbindung zu erhalten. Er gab folgende Erklärung ab:

„Eine halbe Stunde nach der Besetzung des Rathauses durch Militär erschienen in meinem Büro zehn Polizeikommissäre in Zivil und zwei Polizisten in Uniform unter Führung eines Polizeirates. In diesem Augenblick befanden sich die Stadträte Speiser, Weber und Honay und der ehemalige Stadtrat Breitner bei mir. Der Polizeirat erklärte, er habe den Befehl,

den Bürgermeister und die sämtlichen Stadträte zu verhaften.

Er ersuchte uns, ihm, dem Polizeirat, zu folgen. Ich erklärte ihm, daß ich seiner Anordnung nicht Folge leisten werde. Als Gewählter des Volkes von Wien, als Bürgermeister und Landeshauptmann des Landes Wien werde ich auf meinem Posten bleiben und daß ich mich durch niemanden und durch nichts, es sei denn das Volk Wiens selbst, in der Ausübung meiner Pflichten werde behindern lassen. Der Polizeirat erklärte, er müsse in diesem Falle neue Instruktionen einholen. Er kam bald wieder und erklärte uns, er müsse auf unsern Verhaftungen bestehen, zumindest müßten die anwesenden Stadträte ihm folgen. Die Verhaftung müßte unter Umständen gewaltsam erfolgen. Inzwischen hatte die Polizei bereits zwei Autos requiriert, in denen die bei mir anwesenden Personen abgeführt wurden. Sie waren der Polizei gefolgt, nachdem diese darauf verzichtet hatte, mich ebenfalls sofort abzuführen. Um 20 ist das Militär, das das Rathaus besetzt hielt, abgezogen und wurde

durch Heimwehrabteilungen ersetzt.

Wie mir von einem Beamten berichtet wird, begab sich Stadtrat Danneberg (Finanzdirektor von Wien) zum Finanzminister Buresch, um Auskunft von ihm zu verlangen, wie weit die Dinge getrieben werden sollten. Als er von dort nach Hause ging, wurde er in seinem Domizil ebenfalls verhaftet."

Seitz — Renner — Breitner

Der frühere Finanzreferent des Wiener Gemeinderates Breitner und der Landesrat Petznek, der Gatte der sogenannten „roten Prinzessin", der Fürstin Windischgrätz, einer Enkelin des Kaisers Franz Josef, sind am Dienstag verhaftet worden.

Der Bürgermeister von Wien, Seitz (er ist mindestens 70 Jahre alt), hat nach Angabe des behandelnden Arztes einen Schwächeanfall, also keinen Schlaganfall, erlitten. Seitz befand sich bis Dienstag nachmittag im Rathaus. Darauf wurde er ins Polizeigefängnis gebracht.

Wien, 13. Febr. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat am Dienstag vormittag Minister Schmitz seine Tätigkeit als Bundeskommissar im Rathaus aufgenommen. Wie bestimmt verlautet, wurde auch Bürgermeister Seitz in Schutzhaft genommen. Auch der Präsident des Nationalrates Dr. Renner und der Präsident des Bundesrates Körner seien verhaftet worden.

Teilweise Wiederaufnahme des Verkehrs

dnb. Wien, 14. Febr. Im ganzen Stadtgebiet ist die Nacht ruhig verlaufen. Auch im Floridsdorfer Gebiet, wo sich bekanntlich die Gegner noch gegenüberstehen, kam es während der Nacht zu keinen Kämpfen. Auch in den ersten Morgenstunden hörte man nur vereinzelt das Explodieren einer schweren Mine. Erst gegen 8 Uhr nahm das Artillerie- und Minenfeuer wieder zu. Straßenbahn und Stadtbahn verkehren wieder. Am Ring allerdings ruht noch der Verkehr, um die dort besonders in der Umgebung des Polizeipräsidiums getroffenen Absperrungsmaßregeln aufrechterhalten zu können.

Der Landeshauptmann von Kärnten, Kernmayer, der dem Landbund angehört, ist — wie es heißt — vom Bundeskanzler telegrafisch aufgefordert worden, zurückzutreten. Darüber wird eine Sitzung des Landbundes entscheiden, die im Laufe des heutigen Tages zusammentritt. — Kernmayer ist, nachdem Seitz in Wien beseitigt ist, der letzte Landeshauptmann, der, obwohl rechtsstehend, der Heimwehrdiktatur nicht genehm ist.

Echo aus Prag

In Prag werden die österreichischen Ereignisse mit außerordentlicher Spannung verfolgt. Die Erregung des Landes ergibt sich schon aus seiner geographischen Lage. Dauernd berichten Extrablätter über die Kämpfe in Oesterreich und Wien. Die Auffassung, daß der **Regierung Dollfuß die Schuld an den Ereignissen zuzuschreiben sei, ist nahezu allgemein.** Die Vorstände der tschechischen und deutschen sozialdemokratischen Partei haben sich in einer gemeinschaftlichen Sympathiekundgebung für die Sache der kämpfenden Arbeiter in Oesterreich erklärt. Gerüchte, daß tschechoslowakische Arbeiterhilfskorps die österreichische Grenze überschritten hätten, oder überschreiten wollten, werden dementiert.

Anfrage im Unterhaus

dnb. London, 13. Febr. Der englische Außenminister Simon nahm am Dienstag nachmittag zur Lage in Oesterreich Stellung und machte dem Hause Mitteilung über die Nachrichten, die ihm von der österreichischen Regierung zugegangen waren. Der Abg. Mander fragte daraufhin, **ob die englische Regierung bereit sei, der österreichischen Regierung klarzumachen, daß jede Unterdrückung verfassungsmäßiger Einrichtungen durch die öffentliche Meinung Englands nicht unterstützt würde.** Simon erteilte auf diese Frage keine Antwort. Ferner stellte das Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei Maxton die Frage an Simon, ob und wann der Völkerbund in der Lage sein werde, die österreichischen Schwierigkeiten zu erörtern. Simon erwiderte darauf: **Ich glaube, die Lage ist so, daß zwar die österreichische Regierung grundsätzlich beschlossen hat, den Völkerbund anzurufen, daß sie aber Dr. Dollfuß die Entscheidung überlassen hat, in welchem Augenblick dies getan werden solle. Sobald die Anrufung erfolgt, wird, wie ich annehme, eine Sondersitzung des Völkerbundsrates stattfinden.** Auf die Frage Maxtons, **ob der Völkerbund nicht zu den beunruhigenden Ereignissen in Oesterreich Stellung nehmen würde, bevor sie ihm durch Dollfuß vorgelegt werden,** antwortete Simon, **er sehe im Augenblick keine Möglichkeit für den Völkerbund, aus eigenem Antrieb in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen.**

Indessen kam es in Frankreich wieder zu einer Linksregierung, in der Paul-Boncour zwar nicht mehr Außenminister aber als Kriegsminister weiterhin ein sehr gewichtiges Mitglied der französischen Regierung geworden ist.

Komplikation durch die deutsche Note

Herr Dollfuß war, wie man erfährt, trotz des Protestes der Mächte entschlossen, den Staatsstreich zu führen, wenn nicht just am selben Tag die deutsche Antwortnote eingetroffen wäre, die offenbar Herr Dollfuß zu einem späteren Termin erwartet hatte. Nun hatte sich aber die internationale Lage geändert, nun bedurfte Dollfuß in seiner Aktion gegen Deutschland die Hilfe der Westmächte — in diesem Augenblick konnte er es nicht wagen, den Bürgerkrieg zu entfesseln.

So unterblieb diesmal der Schlag gegen Wien.

So scheint der Staatsstreich in Tirol fehlzuschlagen.

So scheint es aber nur zur Stunde, da wir diesen Bericht verfassen.

Am nachmittag des Montag, den 5. Februar, ist wieder Heimwehr in Innsbruck eingerückt und zur Stunde ist nicht zu übersehen, ob die Verbrecher nicht doch den Funken des Bürgerkrieges in das Pulverfaß Oesterreich schleudern.

Appell zum Generalstreik

Die Arbeiterschaft war jedenfalls gerüstet, den Schlag gegen Wien mit dem Generalstreik zu beantworten. Schon am 2. Februar wurde Oesterreich mit ungeheueren Massen illegaler Flugblätter überschwemmt, in der die unmittelbar drohende Gefahr eines Staatsstreiches in Wien alarmiert und der Generalstreik für diesen Fall angekündigt wurde.

Ein Aufruf der Tiroler Sozialdemokratie

Am 4. Februar erließ die sozialdemokratische Partei Tirols folgenden Aufruf:

„Der Versuch verblendeter Elemente, die Verfassung des Landes Tirol gewaltsam zu ändern, hat in den Reihen der Tiroler Arbeiter und Bauern schärfsten Widerspruch und ungeheure Empörung hervorgerufen. Spontan hat sich die übergroße Mehrheit des Volkes zu Recht, Gesetz und Verfassung bekannt, und in nachdrücklichen Kundgebungen ihre Auffassung kundgetan. Das Land braucht dringend Ruhe und Frieden, um aus der ungeheuren wirtschaftlichen Not herauszukommen. Darum müssen die Friedensbrecher, gleichviel aus welchem Lager sie stammen, entschieden zur Ordnung gerufen werden. Die Tiroler Arbeiterschaft leidet neben den Bauern am meisten unter der Not der Zeit. Sie warnt deshalb nochmals davor, die Dinge zum Aeußersten zu treiben. Die Gegner des Selbstbestimmungsrechtes in der Jahrhunderte alten Freiheit des Tiroler Volkes mögen ein für allemal wissen, daß die Tiroler Arbeiterschaft nicht duldet, daß sie und ihr gutes Recht mit Füßen getreten werden. Die Gefahren sind noch nicht endgültig gebannt. Größte Wachsamkeit ist weiterhin geboten.

Die Arbeiterschaft Oesterreichs ist entschlossen, den Staatsstreich in irgendeinem der Bundesländer mit dem Generalstreik zu begegnen. Wenn die Verbrecher es wagen sollten, in einem Bundesland den Staatsstreich zu unternehmen, so wird von dort aus der Generalstreik und der Bürgerkrieg in ganz Oesterreich ausgerufen werden.

Die Entscheidung rückt heran!

Arbeiter! Laßt Euch nicht alarmmüde machen!

Haltet Euch bereit, um die Freiheit zu kämpfen!

Hinter dieser Regierung der Desperados steht nichts als einige tausend unsichere Bajonette. Gegen diese Regierung steht das ganze Volk!

Darum: Fällt die Entscheidung, so kämpft mit allen Waffen, denn es geht um Eure Freiheit, es geht um Eure Kinder, es geht um Eure Zukunft!

Wir wollen nicht Sklaven werden!

Frei wollen wir bleiben!

Für uns streitet geheiligtes, beschworenes Recht!

•

Mobilmachung der Heimwehr

Die Heimwehr hat — man beachte das Datum! — am 27. Jänner den folgenden Mobilisierungsbefehl erlassen. Uns liegt dieser Befehl im Original der Margaretner-Heimwehr vor; er ist mit entsprechenden Varianten am selben Tag von allen Abteilungen und Unterabteilungen der Heimwehr an alle ihre Mitglieder ergangen; er lautet:

Wiener Heimatschutz
Jägerbaon III
Kompagnie.

Herr Kamerad (folgt der Name) . . . . . .

Die Bundesregierung ist nunmehr gewillt, unter allen Umständen die Entscheidung herbeizuführen. Sie wird in den nächsten Tagen alle Angehörigen der im Schutzkorps eingegliederten Wehrformationen zur aktiven Dienstleistung in das Schutzkorps einberufen.

Unser Landesführer, Vizekanzler Major a. D. Emil Fey, als Chef des Sicherheitswesens, fordert daher alle Heimatschützer auf, unter möglichster Rückstellung aller beruflichen Rücksichten in dieser entscheidenden Stunde sich dem Staate durch Eintreten in das freiwillige Schutzkorps zur Verfügung zu stellen.

Diese Rufe, bzw. Befehle unseres Führers Folge zu leisten, ist uns Margaretner Heimatschützern selbstverständliche Pflicht, unser Gelöbnis, als freiwillige Kämpfer für Heimat und Volk, für ein freies christliches, deutsches Oesterreich, einzulösen.

Sie werden daher aufgefordert, sich unbedingt am Montag, den 29. d. M. um halb 8 Uhr abends im Heime 4., Hauslabgasse 2, behufs Zusammenstellung der neu aufzustellenden Formation des Schutzkorps pünktlich einzufinden.

Das unentschuldigte Fernbleiben wird als Austritt aus dem Heimatschutze ohne Rücksicht auf die Dauer der Zugehörigkeit zum Heimatschutze angesehen.

In diesen entscheidenden Stunden gehören alle wahren Kämpfer für unsere Idee in die Front.

Heil Starhemberg! Heil Oesterreich!

Wien, am 27. Jänner 1934.

Der Baonskmdt.:
Karl Biedermann e. h.

Dieses Dokument beweist, daß die Regierung Dollfuß-Fey die Heimwehr nicht aufgeboten hat, um einen von den Nazi drohenden Putsch abzuwehren, sondern um selbst eine „Entscheidung" herbeizuführen — nämlich den Staatsstreich.

Vorgeschichte des Staatsstreichs

Material aus der illegalen österreichischen Wochenschrift

In Oesterreich wird illegal eine sozialdemokratische Wochenschrift „Ruf zur Freiheit" verbreitet. Die letzte Nummer, die uns heute erreichte, ist vom 11. Februar datiert. Sie bringt eingehendes Material darüber, daß der Bundeskanzler Dollfuß und sein Vizekanzler Fey schon für Ende Januar oder Anfang Februar den Staatsstreich geplant hatten. Durch die Putschgefahr von den Nazis her sollte eine Panikstimmung der Bevölkerung erzeugt werden, die Heimwehr sollte in Tirol „revoltieren" und von dort aus sollte sich die Bewegung bis nach Wien wälzen. Gleichzeitig sollte in der Bundeshauptstadt das Rathaus besetzt und die sozialistische Landesregierung verjagt werden.

Bundeskanzler Dollfuß wählte diesen Zeitpunkt, weil am 26. Januar gemeldet wurde, daß der Sturz der französischen Regierung Chautemps unmittelbar bevorstehe. Gegenüber Paul-Boncour, dem Außenminister des Kabinetts Chautemps hatte nämlich Dollfuß die Verpflichtung eingegangen, entscheidende Maßnahmen gegen die sozialdemokratische Partei zu treffen, um Oesterreich vor der Katastrophe des Bürgerkrieges zu bewahren. Diese Verpflichtung bindet natürlich die österreichische Regierung an die französische Regierung und nicht nur an eines ihrer Mitglieder. Der jesuitische Dollfuß stellte sich aber so, als hätte er sich nur gegenüber dem Außenminister Paul-Boncour und nicht gegenüber der französischen Regierung gebunden. Und da mit Chautemps auch Paul-Boncour demmissioniert hatte, so glaubte sich Herr Dollfuß dieser Verpflichtung entbunden und war entschlossen, die kurze Spanne Zeit der französischen Regierungsbildung zum Staatsstreich auszunützen, um die neue französische Regierung einfach vor die vollendete Tatsache des Staatsstreiches zu stellen.

Der feine Plan des Herrn Dollfuß war also, in der Zeitspanne zwischen der Demmission der Regierung Chautemps und der Vorstellung der neuen Regierung in der Kammer, die Wiener Rathausregierung zu stürzen und gleichzeitig von Tirol aus den Staatsstreich über ganz Oesterreich zu tragen.

Der Schritt der Mächte

Gegen diesen Plan protestierten nun, wie man aus dem „Prager Tagblatt" vom 8. Februar erfuhr, der englische und der französische Gesandte. Diese ungemein wichtige Meldung, die der österreichischen Bevölkerung auf Weisung der Preßpolizei natürlich verheimlicht wurde, lautete:

Wien, 2. Februar. Gestern sprachen der englische und der französische Gesandte beim Bundeskanzler vor, um ihn über die Vorfälle in Innsbruck zu befragen. Gegenüber dem französischen Gesandten soll sich Bundeskanzler Dr. Dollfuß geäußert haben, daß er sich angesichts der geänderten politischen Lage in Frankreich nicht mehr gebunden fühle, die er seinerzeit dem damaligen französischen Außenminister gegenüber eingegangen sei, nämlich keine entscheidenden Maßnahmen gegen die sozialdemokratische Partei zu treffen. Der französische Gesandte Puaux soll dieser Auffassung des Bundeskanzlers entgegengetreten sein und gemeint haben, daß der Regierungswechsel in Frankreich kein Anlaß sei, diese Zusicherung zurückzunehmen.

Der große Freiheitskampf

Namenlose Helden

In ganz Oesterreich kämpfen sie, die namenlosen Helden. In ganz Oesterreich verteidigen sie Freiheit, Republik und Sozialismus gegen das faschistische Verbrechen, das von Amts wegen das Oesterreich der Freiheit, das Oesterreich der sozialistischen Kultur, das kulturelle Oesterreich überhaupt, niederschlagen will.

Es sind die Arbeiter aus den Betrieben, aus den Büros. Es sind die Arbeiter auf der ganzen Linie, die ihr Leben einsetzen in diesem Kampf gegen das faschistische Verbrechen. Wer weiß was von dem Mut dieser Männer, der von ihren Gegnern zum Verbrechen gestempelt wird? Wer weiß etwas von dem Heldentum, das in den Straßen Wiens, von Graz und überall in Oesterreich verzweifelt ringt gegen eine ungeheure Macht, gegen die Macht des Militarismus, gegen Polizei und die ganze Staatsmacht überhaupt? Kämpft gegen das von oben dirigierte Verbrechen am österreichischen Volk?

Kein Dichter singt ihnen Heldenoden. Ihnen wird man keine Ruhmesdenkmäler setzen in Stein und Erz. Jeder von ihnen weiß das, der mit der Waffe in der Hand kämpft. Nicht für Orden und Ehren, nicht für klingenden Lohn, nicht für Rangstufe, Titel und Beförderungskram, womit die Helden des Krieges sonst gehödert werden. Diese namenlosen Helden kämpfen nicht für religiös verbrämten mittelalterlichen Tand. Sie kämpfen nur und setzen ihr Leben ein, daß die Luft freibleibt um sie, damit sie atmen können, damit sie in Freiheit arbeiten und ihr Brot verdienen können, wovon sie leben müssen.

*

Sie stehen fest, die österreichischen Arbeiter und Helden. Jetzt zeigt sich schon, daß in diesem Bürgerkrieg nicht gekämpft wird um Stadtteile, einzelne Gebäude, Bahnhöfe, sondern überall, wo die Möglichkeit besteht. Wenn ein Bahnhof erobert wurde von den Faschisten, wenn eine Höhe gestürmt wurde, dann melden die österreichischen Verfassungsbrecher und blutbesudelten Fey-Starhemberg-Faschisten ihren Sieg in die Welt, um dann eine Stunde später wieder der aufhorchenden Menschheit verkünden zu müssen, daß sich die sozialistischen Kämpfer wieder an anderer Stelle gesammelt haben und „erneut weiterringen in hartem, erbittertem Kampfe.

Daß selbst die verfassungsbrecherische Regierung ihre Lage anfängt ängstlicher zu beurteilen, geht schon daraus hervor, daß der hauptfaschistische Akteur, Major Fey, einen Runderlaß an sämtliche Militärkommandanten und Sicherheitsbehörden herausgab, in dem er rücksichtslos jeden Versuch des Widerstandes mit „allen Mitteln niederzuschlagen" befiehlt und hinzufügt: Im ganzen Bundesgebiet müsse bis zum Dienstag abend die „Ruhe wieder hergestellt sein". Daraus kann man ersehen, daß es den faschistischen Verbrechern angst und bange wird, zumal sie befürchten müssen, daß das Militär auf längere Zeit den ungeheuren Spannungen, denen der einzelne Soldat ausgesetzt ist, wenn er auf seinen Volksbruder schießt, nicht mehr gewachsen ist. Wenn aber schon der österreichische Rundfunk in Bewegung gesetzt werden muß, um Freiwillige von den ehemaligen Kriegsteilnehmern aufzubieten gegen die kämpfende Arbeiterschaft, dann weiß man, wie die Lage in Oesterreich ist.

So kämpfen Oesterreichs Sozialdemokraten gegen den Faschismus!

NSDAP. gegen Dollfuß

Kein Waffenstillstand mit den Heimwehren

München, 14. Febr. Wie die Landesleitung der NSDAP. mitteilt, sind die Gerüchte, wonach zwischen Heimwehr und NSDAP. Waffenstillstandsverhandlungen geführt wurden, unzutreffend. Der Kampf der NSDAP. gegen das System Dollfuß wird kompromißlos weitergeführt.

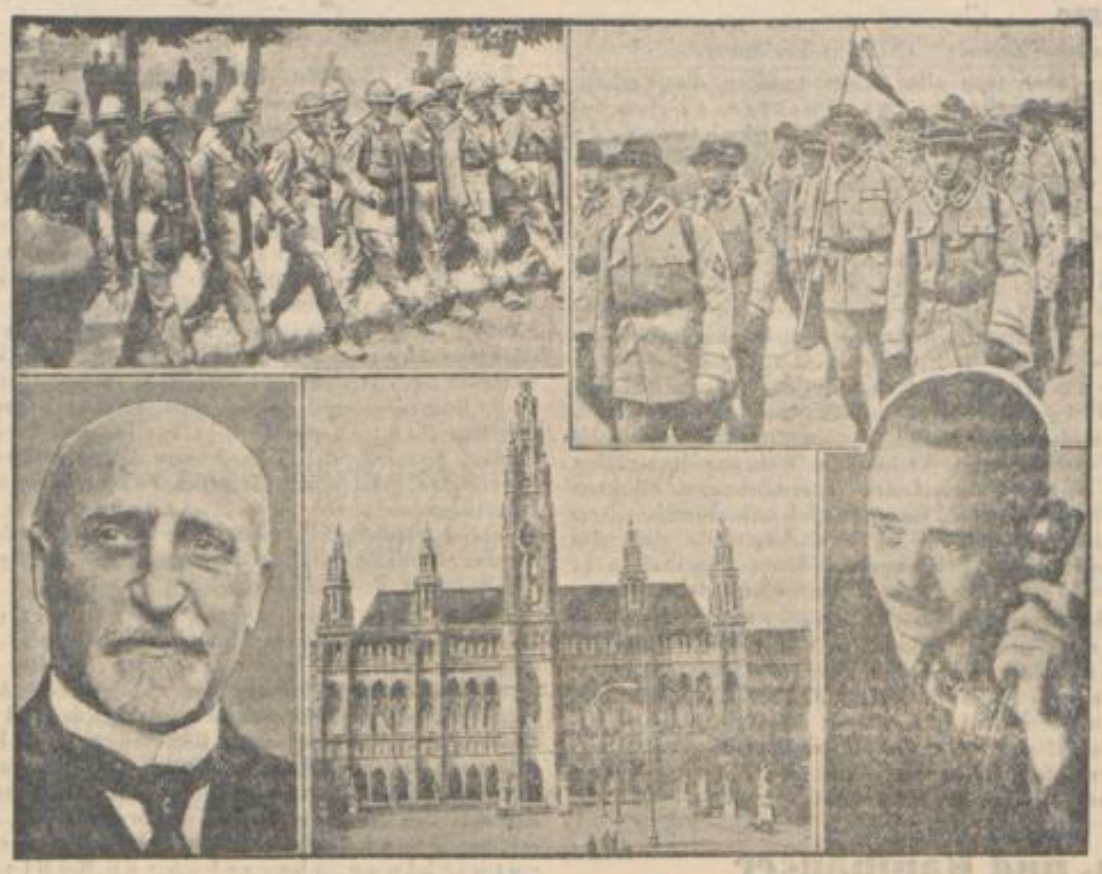
In ihrer Stellungnahme zu den blutigen Ereignissen in Oesterreich erklärt die nationalsozialistische Parteikorrespondenz, daß es nur eine Möglichkeit gebe, dem Chaos in Oesterreich ein Ende zu setzen, nämlich einen Schlußstrich unter das Willkürregiment Dollfuß-Fey zu ziehen und dem österreichischen Volk selbst das Bestimmungsrecht über sein Schicksal in die Hand zu geben.

Die Blutopfer

Viele Hunderte

Wien, 13. Febr. Auch die amtlichen Berichte geben jetzt zu, daß die Kämpfe sehr schwere Blutopfer fordern. Die Verluste in Wien werden jetzt mit 83 Toten und 163 Schwerverletzten angegeben. In Wien ist in der Lage im Laufe des Vormittags keine wesentliche Aenderung eingetreten. Für eine Anzahl von Bezirken sind dringend Verstärkungen angefordert worden.

In Ottakring explodierte durch einen Treffer ein Gasometer. In diesem Bezirke wurden Truppen von den Dächern und einem Feuerwehrturm aus beschossen, worauf die Truppen zum Sturm ansetzten. Aus einem Gemeindehaus eröffneten die Verteidiger der Freiheit scharfes Maschinengewehrfeuer, worauf Haubitzen die Stellung unter Feuer nahmen. Bei der Besetzung eines ebenfalls in diesem Bezirk gelegenen **großen Gemeindehauses, das durch Artilleriefeuer schwer beschädigt war, wurden 50 Schutzbündler verhaftet, bei denen man jedoch keine Munition mehr vorfand.** Schutzbündler, die verhaftet worden sind, sollen vor das Standgericht gestellt werden. Der Adjutant des Staatsverbrechers Fey, Major Brabel, ist durch einen Schuß in den Arm verletzt worden. Nach einer privaten Mitteilung ist die Frau des bekannten sozialdemokratischen Nationalrats Abgeordneten Sever bei der Erstürmung des Arbeiterhauses in Ottakring erschossen worden.



Entscheidende Tage in Oesterreich

Oben: Die beiden sich feindlich gegenüberstehenden Mächte, links: Angehörige des sozialdemokratischen Schutzbundes; rechts: Eine Abteilung Heimwehr. — In der Mitte: Das Rathaus in Wien, das eine sozialistische Mehrheit aufweist. — **Links:** Seitz, der Oberbürgermeister von Wien, eine der führenden Persönlichkeiten der österreichischen Sozialdemokratie — Rechts: Bundeskanzler Dr. Dollfuß, der auf Forderung der Heimwehr durch den Vizekanzler Fey jetzt den Kampf gegen die Sozialdemokratie eröffnete.

Jedes Haus ist eine Festung ....

Nach dem amtlichen Bericht wird bekannt, daß in Linz nach wie vor die Arbeiterschaft weiterkämpft. Es heißt da: „gegenwärtig wird der Bahnhof gesäubert". Der Güterbahnhof ist noch in Händen der Freiheitskämpfer, denn der amtliche Bericht kündigt erst noch eine „Aktion" an. In Steyr wurde während der Kampfhandlungen ein Direktor der Steyrwerke erschossen. Auch hier ist es den militärischen Abteilungen und dem Heimatschutz bisher nicht gelungen, die Kämpfenden aus dem Ort herauszudrängen. Der amtliche Bericht kündigt an, daß man mit der „Säuberung" „noch" beschäftigt sei. In Bruck an der Mur wurde zwar der Schloßberg nach schwerem Artilleriefeuer von der verfassungsbrecherischen Soldateska erstürmt, aber in den Straßen wird nach wie vor der Kampf erbittert fortgesetzt. Jedes Haus ist eine Festung.

In Katzenberg (Steiermark) wurde das Gendarmeriepostenkommando von Schutzbündlern eingeschlossen. Die Freiheitskämpfer sind Herren der Lage. Heeresabteilungen und starke Abteilungen der Heimwehr sind nach Katzenberg unterwegs. Der amtliche Bericht spricht davon: „Zur Befreiung des Gendarmeriepostenkommandos". Daraus ist zu erkennen, daß in Katzenberg und Umgebung die ganze Polizei und Gendarmerie festgesetzt und entwaffnet ist.

In Eggenberg bei Graz haben sich die Schutzbündler in der Fabrik Wagner und im Büro der Schienenwalzwerke festgesetzt. Auch hier ist es bisher nicht gelungen, weder mit Polizei, noch mit Militärabteilungen die Verteidiger aus ihren Positionen herauszubringen. In Graz soll vorläufig noch Ruhe herrschen.

In Niederösterreich soll noch Ruhe herrschen.

In Judenburg fanden Barrikadenkämpfe statt. Angeblich sollen die Barrikaden vom Bundesheer gestürmt worden sein.

In Wien gehen die Kämpfe weiter. Im 19. Bezirk, also im Marxhof, und im 16. Bezirk, den städtischen Wohnungsanlagen Sandleiten und im Arbeiterheim sowie an einigen Stellen im 11. und 21. Bezirk finden zur Zeit heftige Kämpfe statt. Die Verteidiger erwidern das Feuer der Polizei des Militärs und des Heimatschutzes und schlagen die Angriffe der faschistischen Verbrecher überall zurück. Selbst Artillerie ist eingesetzt worden. Die Freiheitskämpfer wehren sich mit Heldenmut.

*

Das war die Lage in Oesterreich Dienstag vormittag. Nach einem amtlichen Bericht. Man sieht daraus, wie erbittert in ganz Oesterreich gerungen wird, und daß der verbrecherische Staatsstreich der Heimwehrfaschisten unter Dollfuß' Duldung trotz Aufgebot der ganzen österreichischen Armee, Polizei, Gendarmerie und der Heimwehr, bisher nicht vermochte, die das freie Oesterreich verteidigende Arbeiterschaft niederzuschlagen.

Die Kämpfe um Floridsdorf und Ottakring

Die Arbeiter nicht besiegt

Wien, 13. Febr. In Floridsdorf, dem jenseits der Donau gelegenen Bezirk, waren am Dienstag um 19 Uhr noch einige für den Verkehr nach Norden wichtige Punkte im Besitz der Sozialdemokraten, so auch das Leopoldsauer Gaswerk. Ein doppelseitiger Angriff, sowohl aus dem Innern der Stadt wie von der niederösterreichischen Seite her gegen diese Stellung der Sozialdemokraten ist im Gange. Von offiziöser Seite wird erklärt, die beiden großen Gemeindebauten im 10. Bezirk in der Quellenstraße seien teils gestürmt, teils auch durch die Uebergabe in den Besitz der Regierungstruppen gekommen.

Seit 18 Uhr ist ein neuer Kampf um das Arbeiterheim Ottakring ausgebrochen. Wie es heißt, sollen die Sozialdemokraten, die durch „unterirdische Gänge" in die Nachbarhäuser geflüchtet waren, nachdem sie von dort aus das Arbeiterheim unter Maschinengewehrfeuer genommen hatten, die schwache Polizeibesatzung wieder hinausgedrängt und das Heim erneut besetzt haben. Polizei geht nun erneut gegen das Arbeiterheim vor.

Der Staatssekretär für das Heerwesen hat im Rundfunk eine Ansprache gehalten, in der er alle ehemaligen Kriegsteilnehmer aufforderte, sich bei den zuständigen Militärstellen oder beim vaterländischen Dienst als Freiwillige zu melden.

Artillerie und Pioniere!

Wien, 13. Febr. Die Kampfhandlungen der Regierungstruppen gegen die Freiheitskämpfer ballen sich in den Abendstunden in dem jenseits der Donau gelegenen 21. Gemeindebezirk Floridsdorf zusammen. Die Regierung hat zur Säuberung dieses Bezirks schwere Artillerie und Pioniere eingesetzt.

Als ernst wird die Lage in Steyr bezeichnet, wo jetzt ein motorisiertes Bataillon eingesetzt worden ist. Heimwehrabteilungen unter Führung Starhembergs sind nach Steyr im Vormarsch. Nach Artillerievorbereitung soll alsdann die Infanterie zum Sturm auf Steyr eingesetzt werden.

Im Inntal wird noch gekämpft

Innsbruck, 13. Febr. In dem Industrieort Wörgl im Inntal sollte am Dienstag das sozialdemokratische Arbeiterheim besetzt werden. Die Arbeiterschaft versammelte sich darauf und leistete Widerstand, demgegenüber sich die in Wörgl verfügbaren Machtmittel als zu schwach erwiesen. In dem in der Nähe gelegenen Bergwerksort Häring ist ein Teil der Bergleute in den Streik getreten. Die Streikenden sind gemeinsam mit dem Republikanischen Schutzbund von Häring im Anmarsch auf Wörgl. Der Ort ist gegenwärtig von der Außenwelt abgeschnitten. Von Innsbruck aus ist Heimwehr und Gendarmerie abgesandt worden. Die Lage ist kritisch.

Mit allen Mitteln

Wien, 13. Febr. Vizekanzler Major Fey hat einen Runderlaß an sämtliche Militärkommandanten und Sicherheitsbehörden herausgegeben mit der Aufforderung, rücksichtslos jeden Versuch eines Widerstandes mit allen Mitteln niederzuschlagen. Die Ruhe im ganzen Bundesgebiet müsse bis zum heutigen Dienstag abend wiederhergestellt sein.

*

Nach den bisherigen Berichten aus Wien sollen 24 Tote und 72 Schwerverletzte allein in dem Allgemeinen Krankenhaus festgestellt worden sein.

In Graz sind 600 Personen verhaftet worden. Die Zahl der Toten in Graz wird mit 70 angegeben.

Auch in Bröklabruck ist ein großer Unruheherd vorhanden.

Wuppertal ungünstig

„Hoffnungen . . ."

Die „Kölnische Zeitung" (Nr. 76) berichtet:

Nun liegen aber trotz aller Anstrengungen die Verhältnisse in der Barmer Bekleidindustrie, die dem Tal und seinen Hängen das Gepräge gibt, nicht gerade sonderlich günstig. Ueberall nährt man die Hoffnung auf eine allgemeine konjunkturelle Besserung, aus der dann auch die stark modisch beeinflußten Industrien Vorteil haben könnten, und da und dort glaubt man auch schon ein Aufwärts zu beobachten. Während das Inlandgeschäft zu gewissen Hoffnungen berechtigt, leidet der Export noch sehr stark und ist überhaupt nur unter schwersten Preisopfern zu bewerkstelligen. Es bereitet rechtschaffen Mühe, selbst die stark zusammengeschrumpfte Ausfuhr auf dem niedrigen Stand zu behaupten. England, Oesterreich und Belgien stehen in scharfer Konkurrenz, und gerade dem erstern Lande kommt die Währungsdevalvation bei seinem Vordringen auf den internationalen Märkten außerordentlich zustatten. Was natürlich alle Firmen ziemlich gleichmäßig bedrückt ist der Umstand, daß die Leistungsfähigkeit, die Leistungsmöglichkeit allenthalben in ungünstigstem Verhältnis zu ihrer Ausnutzung steht.

Die Beschäftigung in der Wuppertaler Bandindustrie ist nicht gleichmäßig. Während einzelne Betriebe weiter drosseln mußten, konnten andre wieder etwas mehr Aufträge hereinholen. Ein großes Sorgenkind des Wuppertals ist immer noch die Hutgeflechtindustrie. Hierin wird die Auslandskonkurrenz besonders lästig empfunden, wobei neben der Schweiz insbesondere Japan im Vordergrund steht.

Waren- und Kaufhäuser

Großer Umsatzrückgang

Insgesamt zeigt die Statistik für das Jahr 1933 bei den Warenhäusern einen Rückgang um 18,7 Prozent, bei den Kaufhäusern um 13,5 Prozent. Der Umsatzschwund ist am größten bei den Lebensmittelabteilungen mit 22,2 Prozent und am geringsten in den Hausrat- und Möbelabteilungen der Kaufhäuser, die nur 6,2 Prozent verloren. Ueber die Entwicklung der Kundenzahl (Zahl der Kassenzettel), über die seit einiger Zeit keine statistischen Angaben mehr erfolgen, wird berichtet, es ergebe sich aus den Unterlagen deutlich, daß der Rückgang im ganzen nicht auf ein Sinken des Umsatzes beim einzelnen Kauf zurückzuführen sei, sondern auf eine Verminderung der Zahl der Käufer. Dies bestätige, daß im letzten Jahr eine Kundenabwanderung stattgefunden habe, eine Entwicklung, die nach den Unterlagen weiter anhalte.

Dieses Gesamtergebnis bietet nach den regelmäßig veröffentlichten Monatszahlen keine Ueberraschung mehr. Seine Bedeutung für die Lage der Warenhäuser wird indes erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß schon das Jahr 1932 umsatzmäßig und an manchen Stellen auch finanziell bereits eine Zuspitzung gebracht hatte. Im Durchschnitt waren die Umsätze 1932 gegenüber 1931 bereits um 17 bis 18 Prozent gegenüber 1930 um rund ein Drittel zurückgegangen. Der Umsatzverlust beträgt also gegenüber dem Stand von 1930 etwa 45 Prozent.

Was der Umsatzrückgang bedeutet, wird ferner klar bei einer Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der Fachgeschäfte, für die die Forschungsstelle für den Handel kürzlich einen Umsatzzuwachs im Dezember von 7 Prozent und im ganzen Jahr 1933 einen Rückgang von schätzungsweise 3 Prozent errechnet hatte.

Deutsche Industrieproduktion

Nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung hat sich die industrielle Produktion wie folgt entwickelt:

	Monatswert	Gesamterzeugung	Produktionsgüter	Verbrauchsgüter	Textilien
	in Mill. RM	in % von 1928			
1932 Dez.	3980	62,1	51,4	78,2	86,6
1933 April	5110	65,5	54,5	82,3	84,2
1933 Juli	5420	70,6	58,6	88,7	94,7
1933 Okt.	5440	70,8	61,9	84,2	96,7
1933 Dezember	5540	72,8	66,4	82,3	94,9

Jüdische Landwirtschaft Palästinas

(Z. T. A.) In Tel Aviv fand eine Konferenz des Verbandes der jüdischen Landwirte Palästinas statt, der 50 000 in den jüdischen Vorkriegskolonien wohnhafte Mitglieder, unter ihnen 15 000 erwachsene Arbeiter, umfaßt. Auf der von 180 Delegierten besuchten Konferenz wurden technische und organisatorische Angelegenheiten von 25 landwirtschaftlichen Siedlungspunkten erörtert. In seiner Eröffnungsansprache machte der Vorsitzende des Verbandes, der bekannte Landwirt und landwirtschaftliche Schriftsteller Mosche Smilanski, bemerkenswerte Feststellungen über die Beziehungen der jüdischen Landwirte zur Mandatarmacht und über die Vorteile, die die jüdische Kolonisation der arabischen Bevölkerung bietet. Smilanski wies darauf hin, daß in den von den Mitgliedern des Verbandes besiedelten Kolonien 5000 Araber ihren Lebensunterhalt verdienen. Während früher ein Dunam Land in Palästina zwei Araber ernährt habe, zögen jetzt von demselben Bodenausmaß infolge der durch die jüdische Landwirtschaft herbeigeführten Intensivierung 30 Juden und 5 Araber ihre Nahrung. Das heißt Kolonisation, das heißt Zionismus, rief Smilanski unter dem Beifall der Versammlung aus. Wir sind englandfreundlich, erklärte Smilanski, weil wir der Ueberzeugung sind, daß, zum mindesten, was unsere Generation betrifft, in Palästina vom jüdischen Volk nichts ohne englische Hilfe getan werden kann. Wenn auch die Landwirte für die von der englischen Verwaltung Palästinas begangenen Fehler und die Hindernisse, die dem jüdischen Aufbau in den Weg gelegt wurden, nicht blind waren, so könne er seine Haltung der Toleranz gegenüber den nichtjüdischen Faktoren des Landes doch durchaus rechtfertigen.

Schrumpfung des deutschen Außenhandels

Im Jahre 1933

Berlin, 13. Febr. Die Außenhandelsumsätze sind im Jahre 1933 ebenso wie im Gesamtergebnis auch im Verkehr mit den einzelnen Ländern überwiegend zurückgegangen. Aus europäischen Ländern ist die Einfuhr im ganzen um 8,7 Prozent, aus Uebersee um 10,3 Prozent gesunken. Aber innerhalb dieser beiden Gruppen, d. h. bei den einzelnen Ländern, war die Entwicklung sehr verschieden.

Während die Einfuhr von Lebensmitteln dem Werte nach um rund 28 Prozent gesunken ist, hat sich der Wert der Einfuhr von Rohstoffen auf dem Stand des Vorjahres halten können. Am stärksten abgenommen hat die Einfuhr aus Ländern, die Getreide nach Deutschland liefern, so insbesondere aus Rußland, Rumänien und Argentinien. Stärker vermindert war daneben aber auch die Einfuhr aus Dänemark, den Niederlanden, Spanien, der Tschechoslowakei, Brasilien und den Vereinigten Staaten von Amerika. Zugenommen hat die Einfuhr, abgesehen von dem Saargebiet, vor allem aus Finnland (Holz), Schweden (Eisenerze), Canada (Weizen, Kupfer, Erze), Australien mit Neuseeland (Wolle), Uruguay (Wolle) und Peru (Mineralöle).

Nach europäischen Ländern ist die Ausfuhr insgesamt um 18,2 Prozent, nach Uebersee um 2,1 Prozent gesunken. Der überdurchschnittlich starke Rückgang des europäischen Absatzes beruht auf der starken Schrumpfung des Rußlandgeschäfts. Schaltet man Rußland aus, so beträgt der Rückgang des Europaabsatzes „nur" 12,5 Prozent. Der Anteil der Ueberseegebiete an der deutschen Ausfuhr hat sich von 19 Prozent im Vorjahre auf fast 22 Prozent erhöht. Besonders ungünstig war die Absatzentwicklung, abgesehen von Rußland, nach den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas.

Nicht ganz so stark hat aber auch die Ausfuhr nach Nord- und Westeuropa sowie Großbritannien abgenommen. Zugenommen hat innerhalb Europas in geringem Umfang in der Hauptsache nur die Ausfuhr nach Irland, Italien, Danzig und Portugal. Die günstigere Entwicklung des Ueberseeabsatzes ergab sich im wesentlichen im Verkehr mit amerikanischen Ländern, und zwar insbesondere Südamerika. Hier hat der Absatz nach Brasilien mit fast 60 Prozent die stärkste Zunahme aufzuweisen. Nach Canada und den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Ausfuhr dagegen gesunken. Verhältnismäßig stark (— 21 Prozent) ist der Absatz nach Brit.-Indien zurückgegangen. Eine stärkere Zunahme weist die Ausfuhr nach der Türkei und nach Palästina auf. Die Verminderung des Absatzes nach den Entwertungsländern war gegenüber dem Vorjahre etwas geringer (— 8 gegen — 12 Prozent ohne Berücksichtigung des Rußlandgeschäfts).

Die deutsche Handelsbilanz schloß im Jahre 1933 im Verkehr mit Europa mit einem Ausfuhrüberschuß von 1520 Millionen Reichsmark, im Verkehr mit Uebersee mit einem Ausfuhrüberschuß von 846 Millionen Reichsmark ab. Gegenüber dem Vorjahre ist der Ausfuhrüberschuß im Handel mit europäischen Ländern um 627 Millionen Reichsmark gesunken, im Handel mit Uebersee ist eine Verminderung des Einfuhrüberschusses um 197 Millionen Reichsmark eingetreten. Im Verkehr mit europäischen Ländern hat der Ausfuhrüberschuß fast durchweg abgenommen. Eine nennenswerte Aktivierung (Steigerung des Ausfuhr- bzw. Verminderung des Einfuhrüberschusses) ergibt sich lediglich im Handel mit den Niederlanden, Italien und Spanien.

Im Handel mit Großbritannien ist der Ausfuhrüberschuß gesunken. Eine verhältnismäßig starke Aktivierung der deutschen Handelsbilanz ergab sich im Verkehr mit den amerikanischen Ländern.

Arbeiter und Nazibonzen

Hungerlöhne und Führergehälter

Wir entnehmen dem Bulletin der Internationalen Föderation des Personals öffentlicher Dienste:

Die Abzüge vom Wochenverdienst sind ganz ungeheure. Der Stundenlohn des ungelernten städtischen Arbeiters in Berlin beträgt zur Zeit etwa 80 Pfennig, bei 40stündiger Arbeitszeit 32 Mark brutto. Von diesem Lohn werden in Abzug gebracht:

8 Prozent Lohnsteuer;
3½ Prozent Arbeitslosenversicherung;
1½ Prozent Krisensteuer;
2½ Prozent für Krankenversicherung;
2 Prozent Invalidenversicherung;
1 Prozent „freiwillige" Abgaben für die Opfer der Arbeitslosigkeit;
2½ Prozent Verbandsbeiträge.

Das Netto-Einkommen beträgt hiernach 25,60 Mark. Von diesem Betrag sind fortgesetzt Sonderzahlungen für nationalsozialistische Veranstaltungen — die Pflichtveranstaltungen sind — und die mit Eintrittsgeldern von 1—1,50 Mark bezahlt werden müssen, zu leisten.

Das Netto-Einkommen (wöchentlich) des deutschen Gemeindearbeiters ist heute um rund 40 Prozent geringer als zu Beginn des Jahres 1933.

Die Kosten der Lebenshaltung sind im gleichen Zeitraum nach amtlichen Mitteilungen um 13 Prozent gefallen.

Aus den öffentlichen Betrieben sind die früheren Funktionäre der Organisation fast restlos entlassen. Die früheren Vorstandsmitglieder des Gesamtverbandes wurden aus der Organisation ausgeschlossen und gingen damit jeden Anspruches an die Leistungen der Organisation verlustig. Die männlichen Angestellten sind restlos entlassen. Ein Teil des weiblichen Hilfspersonals ist in seiner Stellung belassen worden. Trotzdem die Verbandsarbeit sich heute nur auf verwaltungstechnische Maßnahmen beschränkt, ist der neue Verwaltungsstab durchaus nicht kleiner geworden. Das Wort vom „Gewerkschaftsbonzen" ist jetzt Wahrheit geworden. Beschließende Körperschaften gibt es nicht. Die Leitung befiehlt und der nachgeordnete „Pg."-Angestellte hat mit zusammengeschlagenen Hacken, Hände an der Hosennaht, die Befehle entgegenzunehmen und auszuführen.

Als Leiter der Organisation wurde der 26jährige „Pg" Körner bestimmt. Körner war SA.-Mann, von Beruf Techniker und besitzt keinerlei gewerkschaftliche Vorbildung. Wieviel ist über die Gehälter der „marxistischen Bonzen" von den Nazis gesprochen und geschrieben worden!

„Pg." Körner hat sich ein Gehalt von monatlich 660 Mark bewilligt. Die früheren Vorsitzenden bezogen zuletzt ein Monatseinkommen von 495 Mark. Dafür mußten sie allerdings schwer arbeiten, während der Jüngling Körner nur kommandiert. K. ist nebenbei zum Mitglied des Reichseisenbahnrates bestimmt worden. Er erhält hierfür eine Entschädigung von jährlich 12 000 Mark, das bedeutet, daß seine Bezüge dreimal so hoch als die der früheren Vorsitzenden sind.

Angestellte der Organisation werden selbstverständlich nur bewährte Nazis. Die ersten Hunderttausend Pgs. sind natürlich schon lange untergebracht. Unter den Angestellten der Organisation befinden sich Mitglieder der NSDAP. mit einer Mitgliedsnummer über 1 000 000. Ohne Wahl erfolgt die Anstellung und ohne Rücksicht auf Vorkenntnisse durch den Leiter des Verbandes. Die Korridore des Gesamtverbandes widerhallen von den Schritten der Kommißstiefel. Sämtliche Angestellte arbeiten in Uniform, der deutsche Gruß ist Selbstverständlichkeit. Eine Scene von einem Besuch des Verbandsleiters Körners bei der Ortsverwaltung Berlin sei hier noch wiedergegeben.

Körner — selbstverständlich im hochfeudalen Auto — such des Verbandsleiters Körner bei der Ortsverwaltung begrüßt und durch die Räume des Verbandshauses in der Johannisstraße geführt. Jeder Angestellte springt beim Erscheinen des „Pg." auf, nimmt militärische Haltung ein und meldet: „Parteigenosse X. . . . ., Nummer . . . . ." Als in der Kassenabteilung die Pgs sich nicht schnell genug erhoben, herrschte Körner sie mit den Worten an: „Wollen die Kerle nicht aufstehen und melden?" Ein Kassierer für die 120 000 Mitglieder zählende Ortsverwaltung wurde durch Inserat im „Völkischen Beobachter" gesucht. Die Archive in der Zentrale wie in den lokalen Verwaltungen sind z. T. vernichtet. Statistische Aufstellungen werden im „dritten Reich" nicht mehr gebraucht.

Unlauterer Wettbewerb

„Es kommt noch immer vor, daß Firmen mit irgendeinem Hinweis auf nationalsozialistische Grundsätze, Reden des Führers, bekannter Persönlichkeiten der NSDAP. oder unter Bezugnahme auf die Parteizugehörigkeit des Geschäftsinhabers Reklame treiben. Der Reichsstand des deutschen Handels hat erneut unter Berufung auch auf die diesbezüglichen Erlasse der Reichsleitung der NSDAP. sich gegen diese Reklamemethoden gewandt und alle Organisationen des Handels aufgefordert, für ihre sofortige Unterbindung in ihrem Bereich Sorge zu tragen. Es ist zu erwarten, daß beim erneuten Auftreten dieser üblen, den Grundsätzen des Nationalsozialismus schärfstens widersprechenden Geschäftsmethoden mit aller Strenge auch seitens der Verbände vorgegangen wird."

Am gleichen Tage, da diese Verfügung im Börsenblatt des Konkursbuchhandels gedruckt wurde, macht der Verlag Franz Eher, Hitlers Privatgeschäft, für Rosenbergs Buchmist so Reklame, daß er seiner Anzeige die „Verfügung" des Osaf voranstellt, mit der der Balte aus Petersburg und Paris mit der „Ueberwachung" der Nazigeistigkeit beauftragt wird. Gelten die üblen Geschäftsmethoden auch für den Besitzer der Firma Franz Eher? Oder soll der Erlaß dem Besitzer der Firma die Konkurrenz vom Halse schaffen?

Frauenarbeit in der Sowjetunion

1,8 Millionen Arbeiterinnen in der Großindustrie

(FSU.) Aus einer amtlichen Statistik der Zentralverwaltung für Kontrolle und Verrechnung der Sowjetunion ergibt sich eine wesentliche Zunahme der Arbeiterinnen in der Industrie im Laufe der letzten 3 Jahre. Von 900 000 Frauen am 1. Januar 1930 stieg die Zahl der Arbeiterinnen in der Großindustrie auf 1,8 Millionen und erreichte 37 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten. In der Metallindustrie ist die Zahl der arbeitenden Frauen von 9 Prozent auf 22,6 Prozent Mitte 1933 gestiegen. Die Zunahme der Frauenarbeit wird erklärt durch die wesentliche Erleichterung der Arbeitsbedingungen in der Industrie infolge der Mechanisierung einer großen Zahl von Arbeitsprozessen. Durch die Zunahme der Frauenarbeit haben sich die Einkommenverhältnisse der Arbeiterfamilien wesentlich geändert. Auf eine Arbeiterfamilie entfielen 1929 — 1,22 arbeitende Familienmitglieder und 1933 — 1,44. Das entspricht einer Steigerung des Familieneinkommens um durchschnittlich 93 Prozent.

Palästinensischer Citrusexport

Der Gesamtcitrusexport Palästinas während der laufenden Saison beträgt bis Ende Januar 2½ Millionen Kisten. Bis zum 28. Januar waren 2 227 402 Kisten gezählt. Der Hauptteil des Citrusexports betraf Apfelsinen. Die Ausfuhr ging zum überwiegenden Teil über den Hafen Jaffa.

Verurteilt nach § 175

Aber nicht Röhm!

Bayerische Blätter melden:

Am 25. Januar fand vor dem Schöffengericht in Amberg die Verhandlung gegen den ledigen Kaufmann Ottokar Andreas Koller aus Bayreuth, zuletzt wohnhaft in Schwandorf, wegen eines Vergehens gegen den Paragraph 175 statt. Die Oeffentlichkeit war während der Verhandlung ausgeschlossen. Koller war vollständig. **Die Schweinereien** mit denen sich der Angeklagte „vergnügte", reichen bis in das Jahr 1922 zurück. Bei der Verhandlung waren drei Zeugen anwesend. **Der Staatsanwalt warf 8 Jahre Zuchthaus** auf und bei seinem Plädoyer wandte er sich scharf gegen die Untaten des Angeklagten. Das Gericht erkannte auf **eine Gefängnisstrafe von einem Jahr** und Tragung der Kosten des Verfahrens. Die abgesessene Untersuchungshaft wird angerechnet. Damit hat ein Fall, der lange Zeit schon die Schwandorfer Oeffentlichkeit interessierte, seine Aburteilung gefunden.

Auch im Kaiserreich war es so, daß ab und zu ein armer Teufel wegen gleichgeschlechtlichen Umgangs verknackt wurde, während die beste Gesellschaft in der Adlervilla in Potsdam ungestraft ihren Vergnügungen nachging.

So sehen die Führer aus!

Man schreibt uns aus Schlesien:

In Weißstein hat ein Gemeindevorarbeiter, strammer SA.-Mann natürlich, 170 Mark Verbandsgelder unterschlagen, trotzdem ist er heute noch im Amt. Im gleichen Ort mußte der Jugendleiter der HJ. herausgeworfen werden, weil er 120 Mark Sammelgelder abzuliefern vergaß.

Der Gemeindevorsteher von Niedersalzbrunn wurde abberufen, weil er alle Fuhren, die die Gemeinde zu vergeben hatte, selber übernahm. Dagegen protestierten die anderen PG., die auch den Gemeindesäckel schröpfen wollen.

Ebenfalls abberufen wurde der **Gemeindevorsteher Hornig** in Dittersbach-Neuhaus. Gegen ihn ist Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechen an Schulmädchen erhoben.

In Neiße wurde der kommissarische **Bürgermeister Haucke**, ein ehemaliger Rechtsanwalt, vom Amt suspendiert. Dem liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Herr Bürgermeister war mehr im Wirtshaus als in seinem Amtszimmer anzutreffen und meistens so besoffen, daß nichts mit ihm anzufangen war. Kürzlich fand nun wieder eine Zusammenkunft der Nazi-Bonzen in Oppeln statt, zu der auch Herr Haucke erscheinen mußte. Als es Zeit zur Abfahrt war, erschien der Chauffeur mit dem Wagen vorm Wirtshaus und lud seinen Bürgermeister ein, da er die Hoffnung hatte, daß er bis Oppeln wieder nüchtern werden würde. In Oppeln angekommen, war Herr Haucke aber noch nicht nüchtern. Der Chauffeur hakte ihn unter und schleppte ihn in dieser Verfassung in den Saal, wo die anderen Bonzen beisammen waren. Darnach war es mit der Bürgermeisterherrlichkeit zu Ende. Aber auch der Chauffeur wurde sofort hinausgeworfen!

In Glatz wurde ein „alter Kämpfer" besonders auffallend belohnt. Es ist der **SA.-Mann Fritz Prozek.** Im Laufe seiner Tätigkeit für das „dritte Reich" war er Tambourführer, Hilfspolizist, Grenzaufseher, Gefängniswärter. So nebenbei ist er **nur 26 mal vorbestraft.** Jetzt hat er einem armen Arbeiter aus seinem Schrebergarten Kaninchen geklaut. Dafür kam er vor das SA.-Ehrengericht und wurde mit — **drei Wochen Uniformverbot** bestraft. Heute ist er Verwalter der Siedlung Drewog.

Um Eberts Amnestie

Rechtsanwalt zu Gefängnis verurteilt

Unter der Anklage des versuchten Betruges hatte sich vor der 18. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin der 47 Jahre alte Rechtsanwalt Kurt Heim zu verantworten. Dem Prozeß lag ein eigenartiger Betrugsfall zugrunde, der durch das energische Eingreifen der Geheimen Staatspolizei seine schnelle Erledigung gefunden hat.

Anläßlich der Weihnachtsamnestie wurde bekanntlich eine große Zahl von Schutzhäftlingen entlassen. Durch einen Zufall verzögerte sich aber die Freilassung mehrerer Häftlinge, und Rechtsanwalt Heim sah sich als Anwalt eines dieser Häftlinge veranlaßt, bei der Geheimen Staatspolizei vorzusprechen. Da er sich selbst erbot, einige notwendige Formalitäten zu erledigen und den Häftling persönlich abzuholen, wurden ihm auch Entlassungspapiere eines zweiten in Schutzhaft Befindlichen mitgegeben, dessen Freilassung ebenfalls verfügt war. Obwohl es sich also um einen reinen Gefälligkeitsakt handelte, liquidierte der Angeklagte bei den Angehörigen des zweiten Schutzhäftlings 250 Mark für seine „Bemühungen". Diese wurden jedoch nicht bezahlt, sondern man erstattete Anzeige.

Das Gericht verurteilte Rechtsanwalt Heim wegen versuchten Betruges zu anderthalb Jahren Gefängnis.

Es handelte sich bei dem zweiten Schutzhäftling um Fritz Ebert, dem Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten. Strafschärfend wurde für Rechtsanwalt Heim in Betracht gezogen, daß er die Notlage der Familie Ebert auszunutzen versucht hatte.

Katholischer Redakteur terrorisiert

Einschreiten der Reichsregierung gegen die katholische Presse an der Saar

Der bisherige Chefredakteur der katholischen „Landes-Zeitung" in Saarbrücken, Herr Hoffmann, hat einen längeren Urlaub angetreten, von dem er nicht mehr auf seinen Posten zurücktreten wird. Die Entlassung dieses alten Zentrumsjournalisten ist ein neuer Beweis für den Gesinnungsterror, den die Nationalsozialisten an der Saar mit Hilfe der Reichsregierung und ihrer politischen Kreaturen ausüben. Nur deshalb und nicht wegen der behäbigen und jedem wirklichen Kampfe ausweichenden Persönlichkeit des Herrn Hoffmann ist der Vorgang von allgemeiner Bedeutung.

Die gleichgeschaltete Presse des Saargebiets hat Herrn Hoffmann dafür verantwortlich gemacht, daß die gesamte katholische Presse an der Saar das rohe, alle katholischen Gefühle verletzende Gefühl veröffentlicht hat, daß der nationalsozialistische Landesführer Spaniol, ein Taufscheinkatholik, einem angesehenen schwedischen Journalisten gewährte. Wer die Vorsicht kennt, mit der erfahrene katholische Journalisten alle die Religion berührenden Fragen behandeln, muß es für ausgeschlossen halten, daß Herr Hoffmann gewagt haben sollte, einen solchen Vorstoß auf eigene Verantwortung zu unternehmen. **Er kann das nur im Einverständnis oder wahrscheinlich sogar unter dem Druck des katholischen Klerus getan haben.** Es ist auch möglich, daß die zuständigen Bischöfe in Trier und Speyer ihre Zustimmung zu dieser Verteidigung des katholischen Glaubens und des Papstes gegeben haben.

Es handelt sich nicht um eine politische, sondern um eine rein katholische Angelegenheit. Der nationalsozialistische Landesführer Spaniol hat unter anderm Hitler für den künftigen Papst der Deutschen erklärt, hat ihn über Christus gestellt und den nahen Untergang der katholischen Kirche vorausgesagt. Dagegen hat sich die katholische Presse gewehrt, obwohl dieses Wort eigentlich schon eine Uebertreibung ist. Die katholische Presse hat sich in gleichgeschalteter Demut nur gehorsamst erkundigt, was ihr vorgesetzter Landesführer Spaniol zu dem Interview zu sagen gedenke. Seine Antwort war, daß er einen Falscheid anbot, und nun begann der Entrüstungssturm der von der Berliner Diktaturregierung bezahlten Presse an der Saar. Nicht etwa gegen den Klerus, was zu offensichtlich katholikenfeindlich gewesen wäre, sondern gegen den im Grunde recht harmlosen Chefredakteur der früher zentrümlichen „Landes-Zeitung". Er ist verdächtig, weil er viele Dienstjahre in der Zentrumspartei hinter sich hat. **Man benutzte die Gelegenheit, den Zentrumsmann zu beseitigen, um irgendeinen linientreuen „katholischen" Nationalsozialisten an seine Stelle zu bringen.**

Keineswegs aber geht dieser Entschluß von Katholiken im Saargebiet aus. Vielmehr hat die Reichsregierung, die durch eine Zwischenorganisation über die Aktienmehrheit in der „Landes-Zeitung" verfügt, einen Nichtsaarländer von Berlin nach Saarbrücken geschickt, um einen Mehrheitsbeschluß für die Entlassung des katholischen Chefredakteurs Hoffmann zu erwirken. Alle paar Tage läßt die Reichsregierung durch ihre Presse erklären, daß über das Schicksal des Saargebietes nur die eingesessenen abstimmungsberechtigten Saarländer zu entscheiden hätten. Dieselbe Reichsregierung jedoch übt, wie der hier geschilderte Vorfall zeigt, von Berlin aus Gesinnungsterror im Saargebiet und macht jeden brotlos, der eine Ueberzeugung vertritt, sei sie auch eine religiöse, die den herrschenden Mächten in Berlin nicht paßt.

Es bleibt abzuwarten, welchen Widerhall die Terrorisierung des Katholiken Hoffmann bei der katholischen Bevölkerung im Saargebiet finden wird. Oeffentlich dürfte sich die zweifellos vorhandene Erregung nur wenig äußern. Herr Hoffmann selbst ist alles andere als eine Kampfnatur und wird wohl still beiseite treten. Ob und wie sich der Klerus rührt, dürfte von den weiteren Ereignissen im Reiche abhängig sein.

Saarländer im Reich verhaftet

Saarbrücken, den 14. Februar.

Am Montag, dem 12. Februar, gegen 6 Uhr abends ist der in Oberstein zu Besuch weilende Saarländer Heinrich Winkel von der SA. verhaftet worden. Grund der Verhaftung: Winkel hatte von Metz an seinen in Völklingen wohnenden Bruder Reinhard Winkel, der fanatischer SA.-Mann ist, eine Karte geschrieben mit dem Text: Du bist genau wie der Führer, versprichst viel und hältst nichts. Viel Geschrei und wenig Wolle. Ueber das Schicksal des verhafteten Saarländers konnte noch nichts Näheres ermittelt werden.

Die „Volksstimme" berichtet darüber:

Diese Karte lag bereits in Oberstein vor. Die Verhaftung war genauestens vorbereitet, der Saarländer Heinrich Winkel soll ins Konzentrationslager kommen. Wohlgemerkt wegen einer abfälligen Bemerkung über den „Führer" auf einer Postkarte, die nach Völklingen gerichtet war. Obwohl das Saargebiet in jeder Beziehung vom „dritten Reiche" getrennt ist, geht die NSDAP. über jedes Recht und Gesetz hinweg und beraubt Menschen ihrer Freiheit, die absolut nichts mit dem „dritten Reich" zu tun haben, dort **nicht wohnhaft sind und nach wie vor das Recht auf ihre freie Meinung haben.** Der Fall liegt etwas kompliziert, weil der Verhaftete schon seit etwa drei Jahren in Metz wohnt, aber auch die französische Staatsangehörigkeit noch nicht besitzt.

Dieser ungeheuerliche Akt der Freiheitsberaubung dürfte allen Saarbürgern zu denken geben. Kein vernünftiger Mensch wird sich nach solchen Zuständen sehnen.

Wer ist Kriegsteilnehmer?

Aus einer Verordnung des Reichswirtschaftsministers geht hervor, wer im „dritten Reich" als Kriegsteilnehmer zu betrachten ist: „Als Kriegsteilnehmer im Sinne der Verordnung gilt, wer a) auf dem Kriegsschauplatz im Frontdienst unmittelbar der Kriegsgefahr ausgesetzt gewesen ist oder b) ohne bei der kämpfenden Truppe verwendet zu sein, wenigstens 6 Monate Kriegsdienste auf dem Kriegsschauplatz geleistet hat; c) wer an den Kämpfen im Baltikum, in Oberschlesien ferner an bestimmt zu bezeichnenden Einzelkampfhandlungen gegen Spartakisten, Separatisten und **die Feinde der nationalen Erhebung teilgenommen hat.**" — Auf diese Weise ist der russische Staatsbürger Rosenberg zu einem Kriegsteilnehmer auf deutscher Seite geworden.

Berliner Brief

Achtung — die Welt soll belogen werden!

In einer Berliner Druckerei ist im Auftrage der Reichsregierung eine Werbeschrift für das neue Deutschland in Arbeit. Darin werden alle „Erfolge" der Regierung glorifiziert. Zunächst soll diese Werbeschrift in Amerika verbreitet werden. Sicher aber wird sie auch den Weg in die anderen Länder finden. Alles, was in einem Jahre in Deutschland sich vollzogen hat, wird **so** dargestellt, als ob das deutsche Volk freiwillig sich in das ihm angelegte Geschirr begeben hätte. Selbstverständlich sind alle Spenden freiwillig, alle Beteiligungen an Festen usw. freiwillig. Auch der Lohnabzug natürlich und die neuen „sozialen" Abzüge. Die Schrift ist eine einzige für die Ausländer bestimmte Lüge.

Ein neuer Schnorrertrick

Kommt da eine Dame in die Geschäfte. Sie empfiehlt den Geschäftsinhabern Reklamekarten. Aber wie? Gegen einen festen monatlichen Beitrag nicht unter 20 Mark wird den Geschäftsinhabern in Aussicht gestellt, daß sie eine Karte in ihr Schaufenster stellen können mit dem — Autogramm irgend eines von ihnen besonders geliebten Ministers. Auch wenn die Ministerliebe des Geschäftsmannes gar nicht so groß ist, sagt er aus Angst ja!

Ein Jagdhaus brennt

In der Schorfheide hat Herr Göring ein altes Jagdhaus zu einem villenähnlichen Jagdschloß umbauen lassen. Hunderttausende preußischer Staatsgelder sind sicher hineingebaut. Es sollte ein Geschenk für Herrn Hitler werden. Dies Schlößchen ist plötzlich abgebrannt. Aus dem Geschenk wird nichts. Und sonderbar! Auch bei diesem Brande war Göring — gerade in der Nähe zur Jagd. Hat der Mann doch Pech — immer wenn es brennt ist er gerade zur Stelle.

Davon wird nichts gemeldet

In Neukölln wurde ein SA.-Heim plötzlich geschlossen. Warum? Die SA.-Leute haben einen der Ihren ermordet. Alles wurde vertuscht. Das Heim wurde geschlossen, die Täter werden wohl unauffällig abgeurteilt werden. Die Führer des Mördersturmes aber hatten die Frechheit, den Angehörigen des Ermordeten anzubieten, bei der Bestattung dabei zu sein — und einen Kranz am Grabe des jungen Kämpfers niederzulegen. Das wurde natürlich abgelehnt. Eine feine Moral. Erst morden, dann ehren. Warum wurde der SA.-Mann von seinen „Kameraden" ermordet? Warum wird die Öffentlichkeit nicht orientiert?

Ein SA.-Mann erzählt uns

Er ist natürlich nur eingetreten, um Arbeit zu bekommen. Aber... da sind ja noch welche von 1928 da, die warten alle noch. An den Sturmabenden? Da wird instruiert über Gewehr 98. Es wird exerziert, und dann werden die Aussprüche der Führer gelernt. Auch die Geburtstdaten der Führer müssen auswendig gelernt werden. Und dann haben wir — Scharfschießen. Da sind die Reichswehrleute da, die die Aufsicht führen. Auch für die Gewehrinstruktionen bekommen wir nächstens Angehörige der Reichswehr.

Kürzlich wurden zwei „Geheimerlasse" verlesen: „50 Mark bekommt derjenige, der Leute nennen kann, die verbotene Zeitungen oder Flugschriften lesen oder bekommen oder weitergeben." Das wäre also moderne Kopfjägerei!

Die zweite Befehlsausgabe betraf den Herrn Ernst, den Berliner Gewaltigen der SA.: „Es wird von den Kameraden viel über mein Lebenswandel gemosert (d. h. geredet, gemeckert). So wurde das Gerücht verbreitet, daß ich jeden Tag einen Spazierritt im Tiergarten mache. Wer einen Kameraden beim Mosern erwischt, hat ihn einfach zusammenzuhauen" — Einfaches Verfahren, lästige Kritik zu beseitigen.

Die oberen Führer — so erzählt dieser SA.-Mann weiter — können sich alles leisten. Vom Gruppenführer aufwärts brauchen die nichts zu bezahlen. Da wagen die Geschäftsleute gar nicht zu fordern. Das gilt als eine „Ehre", diesen Herren etwas schenken zu dürfen. Fein — so hebt man den Mittelstand! Recht geschieht ihm ja...! Denn diese Mittelständler haben das neue Deutschland gezimmert.

„Studenten!"

Ein junger Student aus Halle hungert sich durchs Studium. Er will lernen. Es geht nicht. Er berichtet: „Seit November bin ich in Halle. Zum Lernen bin ich noch nicht gekommen. Der Mittwoch und Sonnabend sind von vornherein für SA.-Dienst belegt. Der Sonntag verpflichtet zu einer Uebung. Bis fünf Stunden wird man herumgejagt. Dann kommt man müde nachhause. Ans Lernen ist nicht zu denken. Dann kommt auch noch Ordonnanzdienst in den Morgenstunden der Wochentage hinzu. Da muß für die SA., für die Partei, für die NS.-Wohlfahrt gelaufen werden. Manches wichtige Kolleg muß versäumt werden. Aber der Führer der Studenten vertritt den Standpunkt: Erst kommt SA.-Dienst — das Kolleg ist nicht wichtig. So verbummeln diese jungen Leute ihre beste Zeit. Aber etwas lernen können sie nicht — bestenfalls Schießen, Kriechen, Geländeanpassen! Das wird die geistige Führerschaft des neuen Deutschland!

Verhaftungen und kein Ende

Die Revolution ist bekanntlich beendet. Aber die Gefängnisse werden immer voller. Etwa eine Woche vor Weihnachten setzte eine ununterbrochene Kette von Verhaftungen ein. Seit Wochen sitzen Männer, Frauen, Jungen, Mädel in Haft. Kein Mensch kann ein Ende absehen. „Es kann bis in den Herbst dauern, bis eine Entscheidung getroffen wird." Von einigen jungen Männern wissen die Angehörigen nach vier Wochen noch nicht, wo sie sich befinden. Das ist überhaupt das schlimmste, daß man die Angehörigen im Unklaren läßt, wo sich die Verhafteten befinden. Warum sie verhaftet sind, erfährt selten jemand. Die Verhafteten wollen auch Rechtsanwälte annehmen. Aber woher? Wer übernimmt die Verteidigung? Die Anwälte müssen ja fürchten, selbst in Verdacht zu kommen. Ein trostloser „Rechtszustand" im neuen Deutschland. —

Wieviel Unglück wird noch über die Menschen kommen, die sich nicht zum willenlosen Tier umwandeln lassen wollen? Die Revolution ist zu Ende — aber die Mißhandlungen, Verfolgungen gehen weiter. Es ist dieser Zustand schon so zur Gewohnheit geworden, daß er niemandem mehr auffällt. Das Gewissen der Menschen stirbt ab. Selbst die Hinrichtungen treffen auf ein zermürbtes Volk. Das Volk der Denker und Dichter stirbt — das Volk der Henker und Richter lebt!

Ein gleichgeschalteter Heyde

Der Universitätsprofessor Ludwig Heyde hat in Gestalt eines dicken Buches „Deutsche Gewerbepolitik" seine Visitenkarte bei dem Osaf der braunen Bataillone abgegeben. In dem Buch verleugnet er sein ganzes Leben, das — so tat er wenigstens — der Sozialpolitik gewidmet war. Wir wollen seine früheren Anschauungen mit seinen heutigen konfrontieren, damit man sich ein Bild von dem mache, was Gleichschaltung bedeutet:

„Deutsche Gewerbepolitik", Verlag Ferdinand Hirt, Breslau, 1934:

Seite 15: „Gänzlich gescheitert sind ... die marxistischen Bestrebungen: sie haben nirgends den Menschen von seinem eigentlichen Leid, seiner Gemeinschaftslosigkeit in der säkularisierten Welt, befreien können, nirgends die Wirtschaft in ihre dienende Stellung zurückgeworfen."

Seite 14: „Die wichtigsten Voraussetzungen der Wirtschaftsgesetze des kapitalistischen Zeitalters waren: persönliche Freiheit, Freizügigkeit, Fehlen aller Beschränkungen der Eheschließung, freier Arbeitsvertrag..."

Seite 87: „.... Die Asphalt-Theologie des Vulgärmarxismus ...."

„Abriß der Sozialpolitik", Quelle und Meyer, Leipzig:

Seite 33: „Hatten Marxisten und Lassalleaner 1871 zusammen 102 000 Stimmen aufgebracht, so blieb die sozialdemokratische Wählerzahl 1877 bereits wenig hinter einer Million zurück. Eine solche Partei beeinflußte natürlich unmittelbar oder mittelbar die Gesetzgebung. Lassalles Einfluß auf Bismarck hatte bereits ausgereicht, um diesen in dem Gedanken zu befestigen, die Fortschrittpartei müsse mit Hilfe des allgemeinen gleichen Wahlrechts niedergeworfen werden.... Stärker noch war indessen die mittelbare Bedeutung des Wachstums der Sozialdemokratie: dieses zwang Bismarck und die ihm ergebenen Parteien, sich darüber Gedanken zu machen, wie sie durch verständige soziale Reformen die von ihnen gefürchtete sozialistische Revolution hinten anhalten können ..."

Seite 68: „Die sozialpolitische Ausbeute der Revolution und der Folgezeit war, allein schon nach der Zahl der Gesetze und Verordnungen, sehr groß ... Auch die neue Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 enthält eine Reihe sozialpolitischer Bestimmungen .."

Seite 23: „Ja, in der Tat, der Arbeiter hatte alle Rechte, die er nur haben wollte, denn er war „frei"; aber reilich „frei" in jenem berühmten doppelten Sinn Karl Marxens, daß er nicht nur politisch freier Bürger war und über seine Arbeitskraft nach Belieben verfügen konnte — was auch eine wichtige Voraussetzung aller modernen kapitalistischen Entwicklung gewesen ist, — sondern auch, daß er frei, bar, entblößt war von jeglichem eigenen Kapitalbesitz und daher gezwungen, sich dem Kapitalisten auszuliefern, sich ihm zur „Ausbeutung" zu überlassen."

Seite 30: „Gelingt die Preissenkung über das Ausmaß der Senkung der Gesamt-Lohnsumme in der Volkswirtschaft hinaus, so entsteht eine Kaufkraftverschiebung, aus der neue Nachfrage erwachsen kann, so daß die ursprüngliche Disproportionalität u. a. unmittelbar beseitigt wird."

„Die Lohnfrage", Gustav Fischer, Jena, 1932, Seite 55: „Vollkommen zwingend ist die von Karl Renner „Marxismus und Internationale", 2. Auflage, 1918, Seite 44, folgende angestellte Ueberlegung, daß der invididuelle Lohn heute längst nicht mehr das gesamte Arbeitsentgelt darstellt, sondern eine Art von Kollektivlohn in den gemeinsamen Erhaltungs- und Nachzuchtkosten bestehe, die die Wirtschaftsgesellschaft für die Arbeiterklasse aufwendet."

Seite 16: „In der Richtung der Korrekturen wirkten ... der DHV., die Gewerkschaften überhaupt, die Romantiker, die Kathedersozialisten und Sozialreformer, die Planwirtschaftler, die solidaristische und universalistische Schule der Sozialökonomik. So verschieden diese Faktoren ... so entstand aus ihrem oft unverbundenen Uebereinander ... doch das komplexe Bild des Spätkapitalismus; es war voll der Disharmonien ... von sozialem Institutionalismus und sozialem Ethos ... von proletarischer Geste und kleinbürgerlichem Wunschbild, von unverbindlichem Patriotismus ... Weß Ohr nicht taub geworden war gegen falsche Töne, vernahm der echten nicht viele, wohin er auch hörte."

„Die Lohnfrage", Gustav Fischer, Jena, 1932, Seite 48: „Wäre statt des Kampfes um die „spärlichen Freizonen" der Wirtschaftsgesetze (Ad. Weber) die einmalige allgemeine Erkenntnis ausreichend, daß die Harmonielehre von der Kaufkraft hoher Löhne richtig sei, dann würde ein äußerer Machteingriff genügen, um einen sehr großen Teil der sozialen Frage, die unserer Zeit auferlegt ist, zu schnellem Abschluß zu bringen. Gerade die unsägliche Geduld, die der Aufstieg der Massen erfordert, adelt die Arbeit der Gewerkschaften, gibt ihr die Würde Generationen überdauernden Wollens und Handelns."

Wir könnten die Reihe der Gegenüberstellungen noch lange fortsetzen; aber wir glauben, mit diesen Beispielen aus dem Oeuvre des Universitätsprofessors, Reichswirtschaftsrates, Generalsekretärs der Gesellschaft für Soziale Reform Ludwig Heyde die Technik der Gleichschaltung deutlich dargetan zu haben: sie besteht in der Selbstbespuckung und in der Verächtlichmachung seiner selbst. Man vergesse vor Ekel aber nicht, den Stil von einst und von jetzt zu vergleichen. Einst: ein relativ klares und verständliches Deutsch; jetzt: das Kainsmal frisch geschöpfter Fremdwörter und langer, kaum verständlicher Phrasen. So sieht die Wissenschaft im Zeichen Hitlers aus: charakterlos, feig, verlogen.

Protest

Solang ich noch ein Protestant,
Will ich auch protestieren,
Und jeder deutsche Musikant
Soll's weiter musizieren.
Singt alle Welt: Der freie Rhein!
So sing doch ich: Ihr Herren, nein!
Der Rhein, der Rhein, könnt freier sein,
So will ich protestieren.

Kaum war die Taufe abgetan,
Ich kroch noch auf den Vieren,
Da fing ich schon voll Glaubens an,
Mit Macht zu protestieren,
Und protestiere fort und fort,
O Wort, o Wind, o Wind, o Wort,
O selig sind, die hier und dort,
Die ewig protestieren.

Nur eins ist not, dran halt' ich fest
Und will es nit verlieren,
Das ist mein christlicher Protest,
Mein christlich Protestieren.
Was geht mich all das Wasser an
Vom Rheine bis zum Ozean?
Sind keine freien Männer dran,
So will ich protestieren.

Von nun an bis in Ewigkeit
Soll euch der Name zieren:
Solang ihr Protestanten seid,
Müßt ihr auch protestieren.
Und singt die Welt: Der freie Rhein!
So singet: Ach! Ihr Herren nein!
Der Rhein, der Rhein könnt freier sein,
Wir müssen protestieren.

Herwegh, 1841.

Streicher gewidmet

Neue deutsche Wissenschaft

Dr. Kurt Plischke hat im NS.-Druck und -Verlag, Berlin-Schöneberg, ein wissenschaftliches Buch veröffentlicht: „Der Jude als Rassenschänder". Das Werk ist „dem nationalsozialistischen Vorkämpfer im Frankenland, Gauleiter und Reichstagsabgeordneter Julius Streicher, zugeeignet" und wird so angepriesen: „Wieder ein Buch wider die Juden, wird der Spießer und der heimliche Anhänger der verflossenen Judenrepublik fragen, ist das nötig? Jawohl, lieber Spießer und Judenfreund, es ist sogar sehr nötig, die breiten Massen unseres Volkes müssen über die Rassefrage und die Rasseschande aufgeklärt werden, wenn die Erneuerung unseres Volkes gelingen soll. Es ist vielleicht das bedauerlichste Zeichen einer von den Juden planmäßig herbeigeführten Ueberkultur und Zersetzung, das das instinktmäßige Empfinden, das unsere Vorfahren vor der französischen Revolution noch gehabt haben, daß die Juden einer minderwertigen Rasse angehören und daß jede Vermischung mit ihnen eine Schande und Sünde ist, in weiten Kreisen verloren gegangen ist. Jeder Deutsche, der es ehrlich mit seinem Volk meint, muß alles tun, um das deutsche Volk über die Judenfrage aufzuklären."

Vor einem Jahr ...

Am Rosenmontag des Reichstagsbrandes

„Fasteleer" in der Heimat! Die fern von ihr sind, denken daran — mit jener Wehmut, die den Menschen vor Unwiederbringlichem bewegt. Und doch war für sie der „Fastelabend 1933" kein Fest mehr.

Hitler war seit vier Wochen im Amt. Wer Ohren hatte zu hören und Augen zu sehen, der wurde gewahr, wie die Schlammflut der braunen Willkür höher stieg, der Platz, auf dem die Gegner standen, eine täglich, ja stündlich mehr abbröckelnde Insel wurde. Ein befreundeter Anwalt, — der Himmel weiß, wohin ihn die Zeit verschlagen hat, — fand allerdings herrlich, „auf einem Vulkan zu tanzen," aber seinen Geschmack teilte von den Frauen keine.

*

Anders in den Proletarierfamilien! Dort, wo kurz nachher die braune Soldateska einbrach und die „Aufständischen" herausholte, alle die, von denen die nationalsozialistischen Führer behaupten, sie wären eben dabei gewesen, das deutsche Volk in die Arme des Bolschewismus zu treiben. Ist „Fastelovend" feiern eine bolschewistisch-revolutionäre Schandtat? Die braun- und schwarzuniformierten Machthaber mußten damals diese Meinung gehabt haben, trotzdem sie in diesem Jahr 1934, nachdem die „nationale Revolution" so glorreich gelungen ist, Abend um Abend in Sitzungen und auf Bällen die alten Fastnachtslieder anstimmen und sich sogar zu „Karnevalsgeneralen" ernennen lassen. Sogar militärisch beim Fasteleer! Der „Rote-Funken"-Drill wird noch nie so echt gewesen sein wie diesmal.

Aber 1933 hatte der damalige Oberbürgermeister die Weisung gegeben, nach alter echt rheinischer Art den Straßenkarneval wieder zu belegen. Man folgte ihm nur zu gern! In der „Spitz", in der „Löörgaß", überall da, wo die angeblichen Kommunistenhöhlen waren, begann fieberhafte Tätigkeit. Alte Regenschirme wurden kunstgerecht zerschnitten, Beinkleider aufs sorgfältigste ausgefranst, rotbedruckte Taschentücher als Krawatten gebunden! Wie in verklungenen Jahren wurden 1933 die letzten Betten ins Leihhaus gebracht, um von Samstag bis Mittwoch blau machen zu können. „Mer laasse nit, mer laasse nit vum Fasteleer!" Verlassen lagen tagelang die „hochverräterischen Schlupfwinkel", und ihre Bewohner trieben sich mit der „decken Trumm" voran, den obligaten Blechdeckeln und allem übrigen Tschingderassassa auf Straßen und Gassen der Rheinstadt herum, um die berühmten „Züge" zu bilden, die dem „Rosenmontagszug" erst die würdige Umrahmung geben. Die „Bolschewisten", die nur darauf warteten, wie der Herr Reichskanzler und seine Paladine beteuerten, ganz Deutschland nach dem „Fanal" in Flammen aufgehen zu lassen, — sie saßen, aufs billigste maskiert, aber „maskeet", auf den Kühlern der sie bereitwillig durch die schunkelnden Massen schiebenden Autos ebenso harmlos vergnügter „Kapitalisten".

Der Oberbürgermeister hatte einen Straßenkarneval auf die Beine gebracht wie seit Jahren nicht, und die zahlreichen Fremden, die sich das bunte Schauspiel ansahen, kamen redlich auf ihre Kosten. Die „Kommunisten" tanzten, lachten, jubelten zwischen den Gassen der hundert Kirchen und Kapellen. Waren auch vielfach ihre Mägen nur halbleer: man hatte wieder Fastelovend, man konnte warten mit kindlich brennender Neugier, daß „d'r Zog kütt!" Keiner von ihnen, die 24 Stunden später schon zum Teil unter sinnlosen Beschuldigungen ins Polizeigefängnis geholt wurden, konnte ahnen, daß die schwarzen und braunen Truppen der Stadt marsch- und alarmbereit standen, daß nur auf das Signal von oben gewartet wurde. Und das Signal blieb nicht aus! „Fastelovend 1933" war tatsächlich im ursprünglichsten Gewand der Volkstümlichkeit der Totentanz der rheinischen Demokratie, deren Tradition fast 150 Jahre alt geworden ist.

Am großen Rathausbalkon vorbeimarschiert der Zug. Bauer, Jungfrau, Prinz Karneval, alle winken jubelnd mit fliegenden Blumensträußen, bunten Fastelovend-Bonbons für die Kinder dem Oberhaupt der Stadt, den Spitzen der Behörden zu. Hat keiner der Männer und Frauen im Luftschlangengewirr über den gotischen Zieraten begriffen, was hier „im Ernst" gespielt wird? Was brennend zutage treten wird, eh man auf die gut katholischen Stirnen das Kreuz des Aschermittwochs malt?

*

Rosenmontagsabend im Theaterrestaurant! Ein langer Tisch zusammengewürfelter Menschen auf der Empore. Kein Lied, das nicht mitgesungen, mitgeschunkelt wird! Aber zwei Frauen sitzen abseits. Warum folgten sie den Männern, die sie zu dem „Vergnügen" dieses Abends gezwungen haben? Regisseure, Kapellmeister bitten die „Marxisten-Frauen" zum Tanz, aber sie sind nicht aus ihrer Ecke zu bewegen. Sie haben beide keinen besonderen politischen „Verstand". Aber die Freundinnen sprachen schon seit Jahren miteinander gefühlsmäßig über die kommenden Dinge, die sie unabwendbar hereinbrechen sahen.

Ein schöner Sigismund aus dem „Weißen Rößl" drängt sich durch die Tische. Sein junges Lausbubengesicht ist erregt: „Der Reichstag brennt", „Fritzchen, damit macht man keine Fastelovendschwitz!" Seine kleine Kollegin scheint ernstlich böse.

Die Freundinnen sehen sich an, schauen zu ihren Männern, die in irgendeine Scherzdebatte mit der Tafelrunde vertieft sind. Die eine sagte: „Die Nazis graben sich doch ihr eigenes Grab, wenn sie jetzt vor der Wahl den Reichstag anstecken. Das ist doch Unsinn."

Die Musik intoniert. Man erhebt sich am langen Tisch. Finger schieben sich ineinander, Körper wiegen sich von einer Seite zur andern — „schaukeln" heißt es in der Sprache der Stadt:

„Juja, juja, wenn das so weiter geht ein halbes Jahr" — Das alte Lied wird gemeinsam gesungen. Der freundliche junge Mann neben der Frau mit dem zerquälten Gesicht unter dem Puder ist der schon bestimmte erste Dramaturg des künftigen nationalsozialistischen Stadt-Theaters ...

*

Die letzte Straßenbahn in der Nacht auf dem Heimweg! Allerorts wird vom „Reichstagsbrand" gesprochen. „Minsch, wat verzappste nen Fastelovends-Blödsinn," behauptet ein biederer Stammtisch-Köbes.

Nur noch wenige Schritte trennen das Ehepaar von seiner Wohnung. Eine Baulücke ist ausgefüllt von einer Riesenreklametafel. Der scharfe Scheinwerferschein der Bogenlampe fällt auf die Plakate. Da steht's wieder: „Zwei Millionen gestohlen" und „SPD.-Rechnung". Ehe sich der Mann versieht, haben die festen Finger der Frau das Hetzplakat gefaßt, auf dem der SPD. die Schuld am verlorenen Krieg, an der Inflation und an der Krise gegeben wird. Die Fetzen flattern zu Boden, und die Stimme, die sich diesen ganzen quälenden Abend nicht einmal erhob, ruft laut über die nächtliche Straße: „Das hat gut getan, das hat gut getan!" Die „SPD-Rechnung" wird sie an dieser Stelle, fast neben ihrer Haustür, so vermeint, bis zur Wahl nicht mehr erregen.

*

Passanten gehen vorbei. Einer äußert sich vernehmlich: „Rääch hat et, janz rääch. Wat soll uns dü falschen Berliner Zinnober." Sie gehen wortlos nach Hause. Die Frau ist stiller als vordem.

In jener Nacht haben sie zum letzten Male in ihrer Wohnung und in ihren Betten geschlafen.

Nur für die „Oberen Zehntausend", die am nächsten Tag den traditionellen „Dienstagsball" in überfüllten Sälen besuchten, war der „Fastelovend 1933" nicht mit dem Reichstagsbrand an jenem historischen Rosenmontag zu Ende ...

Tringk.

Außenpolitischer Widerhall der Kämpfe

dnb. **Paris**, 14. Febr. Die Ereignisse, die sich in Oesterreich abspielen, finden in Paris in der Presse wie in politischen Kreisen große Beachtung. Sie bieten Gelegenheit, das Thema Oesterreich wieder einmal ausführlich vom außenpolitischen Standpunkt zu behandeln.

Absurd ist eine „Enthüllung" des „Echo de Paris", daß die französischen Sozialisten und Gewerkschaften dafür verantwortlich seien, daß am Montag die österreichische Sozialdemokratie „zu einem blutigen Leichnam" gemacht wurde. Seit langem, so schreibt das Blatt, sei Dollfuß entschlossen gewesen, mit dem Marxismus aufzuräumen.

Der Einspruch der französischen Regierung habe die Durchführung dieser Absicht bisher verhindert. Barthou habe, als er das Außenministerium übernahm, dieses Veto Paul-Boncour bestätigt. In Paris habe man nie begreifen können, was Bundeskanzler Dollfuß gewinnen könnte, wenn er sich die Sozialdemokraten zu Feinden mache, die sich doch wenigstens gegen das Hitlerdeutschland auflehnten.

Als am letzten Montag nun beunruhigende Nachrichten aus Wien eintrafen, habe der Quai d'Orsay leider mit seinem Vertreter in Wien wegen des Telefonstreiks nicht sprechen können. Insofern hätten die französischen Sozialisten und Gewerkschaftler ihr Teil Verantwortung daran, daß man die österreichische Sozialdemokratie zu einem blutigen Leichnam gemacht habe. Die unmittelbar vorhandene Gefahr in Oesterreich werde nur beschworen werden können, wenn Hitler das Gefühl habe, daß Italien als Grenzland Oesterreichs sowie Frankreich und England bei Gelegenheit mit Gewalt den Artikel 80 des Versailler Vertrages aufrechtzuerhalten wissen würden, der die Unabhängigkeit Oesterreichs zum Gegenstand habe. Leider lasse der englische Außenminister die Inanspruchnahme des Völkerbundes durch Oesterreich nur mit knapper Mühe zu und biete Oesterreich nicht die geringste Versicherung hinsichtlich der Haltung, die England im Völkerbundsrat einnehmen werde.

Im Gegenteil! Man wisse nicht einmal sicher, ob man Bundeskanzler Dollfuß englischerseits nicht sogar entmutigt habe.

Das „Oeuvre" erklärt, Oesterreich verschiebe die Anrufung des Völkerbundes von einem Tag zum andern. Der Grund sei wohl, daß Dollfuß in Italien die einzige Großmacht gefunden habe, die Oesterreich wirklich wirksam gegen Deutschland verteidigen könnte. Oesterreich wisse, daß die materielle Hilfe, die ihm Italien bringen werde, von der Bedingung abhänge, daß Oesterreich von einer Anrufung des Völkerbundes absehe. **Die Niederwerfung der Marxisten** in Wien und **die Auflösung der Parteien**, die die Möglichkeit zu einer vollständigen Faschisierung Oesterreichs verschlossen, hätten in Rom anscheinend ungeheure Befriedigung verursacht. Habe nicht der Vorsitzende des Völkerbundsrates, der polnische Außenminister Beck, bei Dollfuß persönliche Schritte unternommen, damit die österreichische Frage **nicht vor den Völkerbund komme?** Man könne annehmen, so schließt das Blatt, **daß die Deutschen jetzt nach Beendigung der deutsch-französischen Aussprache keinen Grund mehr hatten, auf Frankreich Rücksicht zu nehmen, und daß sie jetzt alles mögliche versuchen würden, den Anschluß zu verwirklichen. Werden sie aber auch die Italiener vor den Kopf stoßen?**

Der „Petit Parisien" erklärt, daß die Unterredung Barthous mit dem italienischen Botschafter auf die österreichische Frage Bezug hatte. Die englische und die französische Auffassung bezüglich der **deutsch-österreichischen Schwierigkeiten** und der Anrufung des Völkerbundes seien gleichsam identisch. Aber die italienische Auffassung weiche davon ab. Der Völkerbundsrat könne übrigens zu einer außerordentlichen Sitzung kaum vor Ablauf von 10 Tagen zusammentreten, da sich der Vorsitzende, Außenminister Beck, gegenwärtig zu einem offiziellen Besuch in Moskau befindet.

Im „Populaire" schreibt Leon Blum: Um den Frieden in Europa zu schonen, haben die österreichischen Sozialisten den Kampf verschoben, selbst auf die Gefahr, ihre Widerstandskraft dadurch zu verringern. **Europa habe dieses Opfer der österreichischen Sozialisten grausam vergolten.** Die Niederwerfung der Sozialisten verurteile Dollfuß aber zur Verständigung mit den Nationalsozialisten. Zähle Dollfuß etwa auf die Arbeiter, um den „völkischen Banden" den Weg zu sperren? **Sklaven hätten kein Vaterland.**

Italienische Truppenbewegungen

Mussolini zufrieden

dnb. **Paris**, 14. Febr. Der römische Korrespondent der Zeitung „Le Jour" will berichten können, daß Italien zwischen Triest und Padua eine Armee zusammenziehe. In der Meldung, für die man dem Blatt die volle Verantwortung überlassen muß, heißt es, man finde in Rom die Vorkommnisse in Oesterreich nicht sehr ärgerlich. Man erkläre in Rom, die Regierung Dollfuß werde durch die Widerstandsprobe gestärkt werden und außerdem nicht mehr zugleich nach zwei Fronten zu kämpfen haben. Im Palais Chigi erkenne man seit Dienstag abend an, daß italienische Truppenbewegungen stattfänden, über deren Ausmaß man nichts bekannt gebe. Man erkläre sie mit der Durchführung eines seit mehreren Monaten ausgearbeiteten Planes des Generalstabs. Es scheine, daß diese „logischen Vorsichtsmaßregeln" in der Verdoppelung der Armeekorps beständen, die zwischen Triest und Bozen stehen, sowie in der Zusammenziehung einer Armee in Padua.

Frankreichs „äußerste Grenze"

Vor der Kammerdebatte – Entscheidende Aenderung in der Abrüstungsfrage?

Paris, 14. Febr. In den Wandelgängen der französischen Kammer herrscht trotz der bevorstehenden Vorstellung der Regierung Doumergue nur wenig Leben und Treiben. Gruppen von Abgeordneten besprechen die allgemeine Lage und sind sich im allgemeinen darüber einig, daß die Parteistreitigkeiten nun endlich einer nutzbringenden Arbeit Platz machen müßten. Es wurde sogar in Erwägung gezogen, den bisherigen Ministerpräsidenten Daladier zu bitten, in der Donnerstag-Sitzung in der Kammer nicht zu erscheinen, da seine Anwesenheit möglicherweise zu ernsten Zusammenstößen zwischen der Rechten und der Linken führen könnte. Außerdem will man im Interesse der Wiederherstellung der Ruhe an den Abgeordneten Herriot herantreten und ihn bitten, seinen Interpellationsantrag auf gerichtliche Verfolgung Daladiers und seiner verantwortlichen Minister wegen der Unruhen vom Dienstag und Mittwoch fallen zu lassen. In gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Regierung Doumergue am Donnerstag eine Mehrheit **von etwa 450 Stimmen auf sich vereinigen werde.**

Zur französischen Antwort

London, 14. Febr. Zur Abrüstungslage schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph": Henderson und seine Kollegen hätten am Dienstag widerwillig zugeben müssen, daß mit dem Amtsantritt der neuen französischen Regierung eine entscheidende Aenderung in der Abrüstungsfrage eingetreten sei. **Dies scheine in der französischen Abrüstungsdenkschrift, die Henderson am Montag erhalten habe, klargemacht worden zu sein und dürfte noch deutlicher aus der französischen Antwort auf die letzte deutsche Denkschrift hervorgehen.** Das Kabinett Doumergue werde es ablehnen, einer baldigen Aufrüstung Deutschlands oder einer Abrüstung Frankreichs zuzustimmen. In weiten Kreisen glaube man, daß diese französische Politik die Aussichten des britischen Abrüstungsplanes gefährde. Es werde vielleicht sogar schwer sein, sie mit den weniger weitgehenden Bestimmungen des italienischen Planes zu versöhnen.

Dem Pariser Korrespondent der „Times" zufolge verlautet, daß die französische Antwort auf die deutsche Denkschrift zwar die Tür für weitere direkte Verhandlungen nicht schließe, **aber den deutschen Standpunkt in allen wichtigen Fragen unannehmbar finde.** Es bestehe reichlich Grund zu der Annahme, daß die französische Regierung in dieser Beziehung eine etwas steifere Haltung einnehmen werde als ihre Vorgängerin. Aber sei es nicht überraschend zu hören (wenn auch noch keine amtliche Bestätigung vorliege), daß die französische Regierung **auf den unbedingten Sicherheitsgarantien beharre** und jedes weitere Abrüsten Frankreichs ablehne, falls es von irgendwelchen deutschen Aufrüstungen begleitet sei? Man glaube auch, daß die französische Regierung darauf bestehen werde, die deutschen Verbände bei jeder Berechnung der Mannschaftsstärke mitzuzählen. Endlich nehme man an, die französische Regierung habe zu verstehen gegeben, daß die jetzige Lage nicht unbegrenzte Zeit fortdauern könne und daß eine entscheidende Lösung in der nahen Zukunft gefunden werden müsse.

„Höflich aber entschieden"

Paris, 14. Febr. Die Presse befaßt sich heute erneut mit dem Inhalt der französischen Abrüstungsnote.

„Matin" schreibt u. a., der neue französische Außenminister Barthou haben den aus der Zeit Paul-Boncours von den Dienststellen des Quai d'Orsay vorbereiteten Antwortentwurf vollständig umgearbeitet. Der Wortlaut der Note werde veröffentlicht werden, sobald die Wilhelmstraße davon habe Kenntnis nehmen können. Der neue Text sei höflich, aber entschieden, und laufe darauf hinaus, daß die französische Regierung von den deutschen Ausführungen Kenntnis nehme und erkläre, ohne auf die gestellten Fragen zu antworten, daß es Frankreich nicht möglich sei, irgendeine Maßnahme ins Auge zu fassen, die eine Rüstungsausgleichung Deutschlands zum Ziele habe. Die von Barthou ausgearbeitete Antwort sei im letzten Kabinettsrat einmütig gebilligt worden.

„Petit Parisien" erklärt, jede Aussprache über die deutscherseits gestellten einzelnen Fragen **sei solange überflüssig, als nicht eine Verständigung über die Grundsätze erzielt sei.** Das Blatt nimmt in diesem Zusammenhang ebenfalls auf eine eventuelle Rüstungsangleichung Bezug.

„Echo de Paris" glaubt darauf hinweisen zu können, daß die französische Regierung jetzt lediglich geneigt sei, an einer allgemeinen Abrüstungsaussprache teilzunehmen, d. h., daß die Verhandlungen in Genf weitergeführt werden müßten.

„Oeuvre" will wissen, daß die französische Antwort ziemlich trocken gehalten sei und sich darauf beschränke, die deutsche Einstellung zum Abrüstungsproblem abzulehnen. Die französische Antwort werde einige Sätze enthalten, denen zu entnehmen sei, daß Frankreich in seiner letzten Note und in seinem letzten Abkommensentwurf **die äußerste Grenze seiner Zugeständnisse angegeben habe.**

10. April Abrüstungskonferenz

London, 13. Febr. Das kleine Büro der Abrüstungskonferenz trat heute vormittag um 11 Uhr in London bei dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Arthur Henderson, zu einer Besprechung zusammen. Anwesend waren Benesch, Politis, Aghnides und Avenol. Die Besprechung erstreckte sich in der Hauptsache auf die Berichte der Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Italiens über die diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland. Ueber das Datum des nächsten Zusammentritts der Abrüstungskonferenz wurde kein Entschluß gefaßt.

Genf, 13. Febr. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht über die Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz, die Dienstag nachmittag in London stattfand, eine kurze Mitteilung, aus der hervorgeht, daß beschlossen worden ist, das Präsidium der Abrüstungskonferenz zum 10. April einzuberufen. Die Tagungsteilnehmer seien der Ansicht gewesen, daß es bei dem gegenwärtigen Stand der Abrüstungsfrage unmöglich sei, Entscheidungen zu treffen, da diese die vorgesehenen Verhandlungen des englischen Lordsiegelbewahrers Eden in den Hauptstädten ungünstig beeinflussen könnten. Falls eine an den Verhandlungen beteiligte Macht es wünschen sollte, könnte die Tagung des Präsidiums auch bereits vor dem 10. April stattfinden.

Paul Löbe

Eine angebliche Unterredung

Nach etwa sechsmonatiger Haft ist der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe am 16. Dezember aus der Haft entlassen worden. Er lebt seitdem zurückgezogen und ohne jede politische Betätigung in Berlin. Wir wissen, daß er bemüht ist, sich eine bescheidene Existenz aufzubauen, ohne daß ihm dies bis jetzt gelungen wäre. Er ist vermögenslos und bezieht keine Pension. Es ist auffallend, daß Paul Löbe plötzlich es für notwendig gehalten haben sollte, einer ausländischen Zeitung seine politischen Ansichten über das neue Deutschland kundzutun. Er weiß aus eigener schmerzlicher Erfahrung genau, daß freies Reden und Schreiben in diesem Reiche nicht möglich ist. Wir geben daher nur aus Chronistenpflicht nach gleichgeschalteten Auszügen den Inhalt einer Unterredung wieder, die Paul Löbe einem Vertreter des belgischen katholisch-konservativen Blattes „Libre Belgique" gewährt haben soll. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß Paul Löbe nicht die Möglichkeit hat, diese Angaben der Presse zu dementieren, selbst wenn das Interview grobe Fälschungen enthalten sollte.

„Ich habe das Versprechen abgeben müssen," so erklärt Löbe, „mich politisch nicht mehr zu betätigen. Diese Verpflichtung ist mir um so leichter gefallen, **als ich von mir aus die Periode meiner politischen Tätigkeit für endgültig abgeschlossen halte.** Eine zukünftige Entwicklung Deutschlands wird sich auf neuen Grundlagen vollziehen und in dieser Hinsicht stimme ich den Worten Hitlers zu: „Was gewesen ist, kehrt nicht wieder!" Man würde mich für einen verächtlichen Ueberläufer halten, wenn ich, der ich solange für andere Ideale gewirkt habe, plötzlich mich dem Nationalsozialismus an den Hals werfen würde. Ich bin aber objektiv genug, um einzugestehen, daß die neuen Führer Deutschlands mit großer Tatkraft Probleme in Angriff genommen haben, denen wir nicht gewachsen gewesen sind, z. B. **Reichsreform, die Arbeitsbeschaffung und die Winterhilfe, in der ein starker sozialistischer Zug zum Ausdruck kommt.** Das Agrarproblem scheint mir ebenfalls mit viel Schneid angepackt worden zu sein. Wenn es Hitler gelingt, sechs Millionen Arbeitslose in den Arbeitsprozeß wieder einzuordnen, so müssen auch wir in aller Hochachtung den Hut vor ihm ziehen."

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung erkundigte sich der Berichterstatter nach Löbes Auffassungen über die Außenpolitik. „Ich denke oft an Oesterreich," so sagte Löbe. „Sechzehn Jahre hindurch war ich Präsident des Deutsch-Oesterreichischen Volksbundes. Oesterreich ist ein deutsches Land und wenn diese beiden Teile des deutschen Volkes den Willen haben, sich zu vereinigen, so hat niemand das Recht, diese Einigung mit Gewalt zu verhindern. Wir haben während der fünfzehn Jahre niemals an einen Gewaltstreich gegen Oesterreich gedacht und ich bin überzeugt davon, daß Hitler ebensowenig daran denkt. Gegen wen würde sich übrigens ein solcher Gewaltstreich richten? Die Mehrheit des österreichischen Volkes war seit jeher für den Anschluß.

Das gleiche gilt für die Saar. Die Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland vor dem Jahre 1935 würde eine unnötige Spannung der deutsch-französischen Beziehungen verhindern." Auf den Einwand des Berichterstatters „Sie sprechen ja genau wie Hitler!" erwiderte Paul Löbe: „Meiner Ansicht nach darf man seinen Patriotismus nicht von seinen innerpolitischen Anschauungen abhängig machen. Ueber den Parteien gibt es ein Deutschland. Stresemann sagte mitunter ironisch zu mir: „Sie sind ja ein ganz schlimmer Imperialist mit Ihren ewigen Reden über den Anschluß." Aber was wollen Sie, ich bin immer ein guter Deutscher gewesen, stets eingedenk des Wortes von Laurence der einmal gesagt hat, daß die Nationen so wie Blumen sind, die erst zusammen einen schönen Strauß abgeben."

Am Schluß der Besprechung gab Löbe der Ueberzeugung Ausdruck, daß, wenn man die Dinge von hoher Warte aus betrachte, man allen persönlichen Groll und Unmut vergessen müsse. „Ueberall," so fuhr Löbe fort, „sind Experimente im Gange; in Deutschland, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich. Daß wir in fünf oder zehn Jahren wieder an die Macht kommen könnten, daran glaubt kein Mensch. Ich möchte zwar auf meine Freunde im Ausland nicht deprimierend wirken, aber sie wissen selbst, daß unsere Rolle ausgespielt ist. Sie wissen, wie sie sich halten müssen und was sie von der ihnen verbliebenen Rolle zu halten haben."

*

D. F. Die Unterredung enthält Bemerkungen, die für einen alten Sozialisten unglaublich klingen. So das Lob der Winterhilfe. Der Parlamentarier Paul Löbe weiß natürlich sehr genau, daß dieser allgemeinen Bettelei eine Beraubung der Bedürftigen durch weitgehenden Abbau der Sozialpolitik, insbesondere durch den Hinauswurf Bedürftiger aus der Arbeitslosenrente vorausgegangen ist. Er weiß auch, in welchem Maße Reich, Länder und Gemeinden und private Fürsorge in den früheren Jahren geholfen haben, freilich ohne ihre Leistungen propagandistisch so aufzubauschen, wie es die jetzige Regierung liebt.

Ob nun das Interview echt oder gefälscht ist: weder auf die Illegalen im Lande noch auf die Emigration wird es deprimierend wirken. Paul Löbe ist schon vom politischen Kampffeld abgetreten, als er, kurz vor der Auflösung der Partei, noch glaubte, irgend einen modus vivendi mit dem Hitlerregime finden zu können und eine entsprechende Politik der Reichstagsfraktion versuchte.

Daß „wir" in fünf oder zehn Jahren wieder an die Macht kommen, haben „wir" nie behauptet. Die alten politischen Formen und ihre alte Führung sind es gewiß nicht, die die jetzige faschistische Diktatur ablösen. Das Vergangene kehrt nicht wieder. Auch die Sozialdemokratie weiß das, wie ihre entschlossene Abkehr von früheren Fehlern und eine grundsätzliche Umstellung ihrer Politik zeigt. Die Illegalen drinnen und wir draußen bereiten nur die kommenden Dinge vor. Der Machtkampf um das Reich wird von mancherlei Kräften und Faktoren geführt und entschieden werden, die jetzt noch nicht klar zu erkennen sind. Dieses Ringen um die sozialistische Macht ist aber in voller Entwicklung, und die wachsende Bewegung ist unabhängig davon, ob irgend jemand müde beiseite treten sollte. Die Namen von Glanz aus der parlamentarischen Periode sind verblaßt. Aus den Reihen der Ungenannten werden in einem unvergleichlich schweren Kampfe neue Volksführer in entscheidenden Stunden hervortreten.

Jugend aller Länder!

Ein Aufruf des Weltjugendkomitees

Auf Initiative und unter Mitarbeit der bekannten Schriftsteller Henri Barbusse und Romain Rolland ist diese Bewegung auf dem Weltjugendkongreß in Paris im September 1933 an die Oeffentlichkeit getreten.

Das Weltjugendkomitee, das auf dem Kongreß gewählt wurde, wendet sich von neuem an die Jugendlichen aller Länder zur Organisierung von Nationalkongressen und zur Verwirklichung der kämpfenden Einheitsfront auf Grund des Manifestes auf, um unter Zugrundelegung der erworbenen Erfahrungen die besten Aktions- und Organisationsmittel gegen die reaktionären Kräfte jedes Landes kennen zu lernen.

Das Komitee richtet folgende Fragen an die Jugend:

1. Was denken Sie von solchen Zusammenkünften, in welcher Form müssen sie stattfinden, um wirksamer zu sein und eine breitere Basis zu finden? Welche Spezialfragen müssen hier behandelt werden?
2. Welche Mittel muß die Jugend im Kampfe gegen die kapitalistischen Kräfte und den Chauvinismus anwenden?
3. Für welches Ziel muß die Jugend kämpfen? Welches ist nach Ihrer Meinung der Ausweg für die Tausende werktätiger und intellektueller Jugendlicher?
4. Wie ist die geistige Einstellung der Jugend Ihres Landes? Warum läßt sich eine so große Anzahl durch die faschistischen Demagogen beeinflussen?
5. Wie muß man zur Jugend sprechen, um sie zu gewinnen, wie ihre Begeisterung wahrnehmen und dirigieren?
6. Welche Jugendaktionen müssen wir führen, um die Befreiung ihrer eingekerkerten Genossen zu erreichen, die in ihren Kerkern ihren heldenhaften Kampf fortführen?
7. Was können Sie in den Kreisen tun, die Sie besuchen und auf die Sie Einfluß haben, um noch zahlreicher alle die heranzuziehen, die ernsthafte Feinde der Sklaverei und der Unterdrückung der Menschen durch den Menschen sind?

Weltjugendkomitee Henri Barbusse,
Paris X., 237, rue Lafayette.

Antifaschistische Juristen

Aufruf zu einer internationalen Vereinigung

Die Rechtsanwälte Benabue, London; Berger, Paris; Campinchi, Paris; Detscheff, Sofia; Gallagher, Los Angeles; Grigoroff, Sofia; Sekanina, Prag; Vermeylen, Brüssel und Willard, Paris, die am Reichstagsbrandprozeß bzw. am Londoner Gegenprozeß teilgenommen haben, wenden sich mit einem Aufruf an alle Juristen und Intellektuellen. Auf Grund ihrer eigenen Beobachtungen und Erfahrungen mit der faschistischen Justiz in Deutschland fordern sie alle ihre Berufskollegen zum Protest gegen die Willkür und Brutalität der faschistischen Rechtsprechung, zur Unterstützung der verfolgten Antifaschisten auf. Sie appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl jedes Einzelnen und fordern die Zusammenfassung der antifaschistischen Juristen und Intellektuellen in allen Ländern. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, die Internationale Juristische Vereinigung in ihrem Kampf gegen Justizunrecht und -terror zu unterstützen. Nicht so isoliert kann der Einzelne die notwendige Arbeit leisten. Als Mitglied der Internationalen Juristischen Vereinigung aber reiht er sich ein in die große Front aktiver Antifaschisten und stärkt ihren Kampf.

Der Konflikt

Professor Dr. Schreiber tritt von seinem Posten als Leiter des Verbandes der deutschen Katholiken im Auslande zurück.

Zwischen den Hitlerautoritäten und dem Verband der deutschen Katholiken im Auslande, der in den Randgebieten um Deutschland stark vertreten ist, kam es zu einem Konflikt. Er wurde zunächst beendet durch den Rücktritt des bekannten Universitätsprofessors und früheren Zentrumsabgeordneten Prälaten Dr. Schreiber von der Leitung des Verbandes. Der Zwist wurde verursacht durch einen Kalender, den der Verband für die deutschen Katholiken im Auslande für das Jahr 1934 herausgegeben hatte. Darin wurde weder der nationalsozialistischen Erhebung, noch der Machtergreifung durch Hitler Erwähnung getan, was den bekannten Sturm im nationalsozialistischen Lager hervorrief. Die „Essener Nationalzeitung", bekanntlich das Publikationsorgan Hitlers, teilt mit, daß entsprechende Maßnahmen getroffen worden seien, um den Schaden wieder gut zu machen. Zur Verbandsführung gehört auch der frühere Führer der Bayerischen Volkspartei Prälat Leicht. — Ueber diesen Konflikt bringt nur der Pariser „Temps" eine Nachricht. Von den deutschen Nachrichtenbüros, wie von der deutschen gleichgeschalteten Presse wird die Angelegenheit verschwiegen.

100 000 Zeitungsausschnitte

Im antifaschistischen Archiv

Das Internationale Antifaschistische Archiv, das im Herbst 1933 gegründet wurde, ist die bisher vollständigste Sammlung aller Materialien über das Vordringen des internationalen Faschismus und besonders über den deutschen Nationalsozialismus. Schon jetzt sind weit über 100 000 Zeitungsausschnitte aus deutschen und ausländischen Zeitungen gesammelt und geordnet. Der Aufbau einer großen antifaschistischen Bibliothek nach wissenschaftlichen Prinzipien ist im Gange, die alle wichtigen Werke unserer Zeit umfassen soll. Das Archiv bittet um die Unterstützung aller derer, die die Bedeutung des Archivs als einer wichtigen Waffe im antifaschistischen Kampf erkannt haben. Spezial-Material aus verschiedensten Gebieten des Archivs steht Interessenten und insbesondere Zeitungsredaktionen auf Anfrage zur Verfügung.

Deutsche jüdische Aerzte in Palästina

(JTA.) Jerusalem. In der „Palestine Gazette", dem Amtsblatt der Regierung, wird eine Liste von weiteren 63 jüdischen Aerzten veröffentlicht, die zur Ausübung der Praxis in Palästina zugelassen wurden. Die neu Zugelassenen, unter denen sich auch sechs Aerztinnen befinden, sind zum größten Teil aus Deutschland eingewandert. Die gleiche Ausgabe des Amtsblattes enthält eine Liste von 18 Zahnärzten, die in letzter Zeit Praxislizenzen erhalten haben. Auch sie stammen anscheinend durchweg aus Deutschland. Mit der Ausgabe der neuen Lizenzen haben die für ärztliche Praxis die Zahl 1[illegible], die für zahnärztliche Praxis die Zahl 451 erreicht. Noch im Februar wird eine vollständige Liste der gegenwärtig in Palästina praktizierenden Aerzte, Zahnärzte und Apotheker veröffentlicht werden.

Tél. Trinité 43-13 Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Röntgen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blut-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie. Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Kleine, mittlere und große Chirurgie. Die allermodernste Einrichtung

c) Geburtshilfliche Klinik. Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Aerzte, 3 Hebammen und 2 Operationssäle.

d) Zahnärztliches Kabinett. Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellankronen, -Brücken, Kautschuk-Arbeiten

Ordination täglich von 9—12 und 2—8; Sonntags und Feiertags von 10—12 und 2—4 Uhr

Pariser Straßenkalender

In der Ausstellung an der Porte de Versailles erregt besonderes Aufsehen eine Hitler-Karikatur, von Yvette Guilbert gezeichnet.

*

Das Orchester des Refugiés spielt am 27. Februar im Grand Orient, in der Gruppe „Fraternité-Reconciliation". Georg Bernhard wird sprechen.

*

Der jetzt viel gebrauchte Ausdruck „Briscard" bedeutet ursprünglich ein Militärabzeichen am Arm in Form eines V dann einen alten Soldaten mit Abzeichen.

*

Am Donnerstag 20.30 hält der Schutzverband deutscher Schriftsteller im Saal L der Mutualité einen Abend für Ludwig Renn ab. Theodor Plivier liest Renn. David Luschnat, Ludwig Marcuse, Josef Roth sprechen.

*

Am 21. Februar findet eine Mitgliederversammlung der deutschen Liga für Menschenrechte statt.

*

Am Donnerstag, 15. Februar, 2 Uhr, findet im Poste Parisien, 116 bis, Champs Elysées, ein Vortrag „Kunst des Mikrofons" mit praktischen Vorführungen statt, gegeben von dem bekannten früheren Kapellmeister der Berliner Staatsoper Meyrowitsch.

Generalstreik ....

Im Hotel unten liegen keine Briefe, der Briefträger ist nicht gekommen. „Du," sagt Friedrich, „heute muß ich nach dem square Léon-Guillot, das ist ein neuer square bei den Neubauten im 15ten — aber wie soll ich hinkommen? Es gibt kaum Polizisten in den Außenvierteln und keine Chauffeure — da such mal was?"

Der Bäcker ist mürrisch, ihm ist der Tag grau. Die Autobusstelle ist leer, das ärgert ihn. Und dann ziehen so viele Menschen auf, wohin soll das führen?

Die Milchfrau füllt den halben Liter für 15 Sous ein und sagt: „Wenn Sie schießen, schieße ich."

Zeitungen gibts nicht, die französischen nicht, die deutschen nicht. Dafür wird eine Sonderausgabe des „Populaire" verkauft und laut ausgerufen. Es bilden sich schnell Gruppen. Drüben hängt der Aufruf der Unitaires an der Wand, da kommt niemand gut weg, nach Fontanx nicht.

Na, wollen mal sehen, ob das elektrische Licht funktioniert — aber natürlich, die lebensnötigen Dienste werden ja gespeist. Waschen darfst Du Dich also auch, Mathilde. Und das Telefon?

Hör doch, nebenan bei den Rumänen wird an die Tür geklopft. „An telephone, monsieur," sagt der Garçon, der selbst, glaub ich, eifriger Diener der Action Française ist. Aha, der automatische Dienst geht also, braucht ja nur wenige Mädels zur Regulierung.

Draußen liegt ein kalter Vorfrühlingstag. Die Métro funktioniert nicht. Nur mühsam wird ein Behelfsverkehr versucht. Die Familien gehen unschlüssig spazieren. Im Tabakladen, am Zink, wird unendlich viel geredet, jeder weiß was.

So ungefähr erlebte der unbeteiligte Bürger den 12. Februar, den Rosenmontag der Gewerkschaften. Der kämpfende Arbeiter freilich erlebte ihn anders!

Der Aufruhr der Engel vor Gericht

Eine der amüsantesten Revolutionsgeschichten aller Zeiten ist der „Aufruhr der Engel" von Anatole France. Die aufrührerischen Engel gehen nach Paris, um dort eine Revolution gegen den Kosmos vorzubereiten. Bei einer ihrer Zusammenkünfte verliert ein Engel Explosionsstoffe aus der Tasche, und ein Pariser Häuserblock stürzt ein. Am nächsten Tage schreiben die Zeitungen teils, es waren die Juden, teils es waren die Deutschen. Aber die Mehrzahl, meint Anatole France, war für die Deutschen.

Dieser berühmte Roman beginnt in der größten theologischen Bibliothek von Frankreich, in einem Adelsschloß, die einer der Abgesandten der aufrührerischen Engel auf Beweise gegen das Dasein Gottes durchsucht. Dabei spielt der Bibliothekar des Schlosses, Julien Sarette, eine besondere Rolle. Dieser verknöcherte Knabe wird wahnsinnig, weil ihm die schönsten Bücher seiner Bibliothek abhanden kommen. Anatole France schrieb diese schöne Geschichte vor dem Kriege. Das Haus Calmann-Lévy brachte sie heraus, nachdem der Autor zu verschiedenen Aenderungen veranlaßt war.

Das ist alles lange her. Anatole France ist tot, Luzifer hat immer noch nicht das Kommando der gestürzten Engel zum Sturm auf den Porphyrpalast des Himmels angetreten — und der einzige, der noch da ist und verspätet seine Ansprüche anmeldet, ist Julien Sarette.

In der Tat ist dieser Tage eine Klage des Vorbildes des Bibliothekars gegen die Erben des großen Schriftstellers vor einem Pariser Gericht gestartet. Der Bibliothekar im Kriegsministerium (ausgerechnet), Jean Lemvine, glaubte sich in dem Julien Sarette des Romans zu erkennen. Daß er nicht eher geklagt hat, ergibt sich lediglich daraus, daß er wirklich wahnsinnig geworden war und lange Jahre in einer Anstalt steckte, wo er elf Jahre brauchte, um seine zivile Existenz wiederherzustellen, zugleich auch seine Stellung im Kriegsministerium und die Verurteilung seiner Frau. Er ist nunmehr also wieder in Amt und Würden, steht sogar im vollen Glanze einer von ihm verfaßten Lebensbeschreibung der berühmten Madame de Sevigné dar, der großen Briefschreiberin der feudalen Zeit, und kriegt dafür in unserer demokratischeren (sofern das Wort noch angebracht ist) die Erben des Dichters an die Hammelbeine.

Dem Advokaten des Klägers kam anscheinend sehr zu statten, daß Anatole France in dem Buche als eine seiner üblichen ironischen Wendungen die Worte gebraucht hat: „All unsere Einbildung folgt aus Erinnerungen." Die 3. Kammer des Zivilgerichts verurteilte daraufhin die Erben von Anatole France, der übrigens eigentlich Thibault hieß, zu 20 000 Franken Schadenersatz, aber auf die Einziehung des Buches wurde nicht erkannt, um dem „literarischen Erbbesitz Frankreichs" nicht zu schaden.

BRIEFKASTEN

Basel. Ja. Wir halten es in der Ordnung, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß wir die interessanten Erinnerungen Wolfgang Heines an Hermann Bahr Ihrer vortrefflichen „National-Zeitung" entnommen haben. Versehentlich war die Angabe der Quelle unterblieben.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pitz in Dudweiler; für Inserate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH., Saarbrücken 3, Schützenstraße 5.

Deutsches Zahnärztliches Institut

12, RUE DE DOUAI · Métro: Blanche, Pigalle · Tél. Trinité 10-17 · Sprechstunden: 9-12, 2-6 Uhr

Zahn- u. Mundkrankh., Röntgen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan

NEUHEIT: PORZELLAN-KRONEN UND -BRÜCKEN

Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden

SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVÖSE UND HERZKRANKE

MÄSSIGE PREISE. UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS

Dr. Spécialiste

30, rue de Rivoli — Métro: Chatelet

RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden

Neueste Behandlungsmethoden. Elektrizität. Impfungsverfahren. Trypaflavine. Einspritzungen

Blut- und Harn-Untersuchungen. Spermakultur. Salvarsan. Wismut usw.

Sprechstunden täglich von 10—12 und von 4—8 Uhr. Sonntags von 9—12 Uhr

Konsultationen von 25 Fr. ab.

Man spricht deutsch

PARIS-ETOILE

9, RUE D'ARMAILLE

CHEZ KORNILOFF

Berühmt durch seine vorzügliche Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen

Téléphone Etoile 52-45

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen

123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9—12 u. 2—8 Uhr; Sonntags vormittags

Nase, Hals, Ohren:

Sprechstunden täglich von 5 — 7 Uhr.

Porte Champerret

Hotel Grill-Room Berthier

(7), Bd. Berthier, tél. Carnot 72-47. Möblierte Wohnungen. Alles Komfort. Badezimmer. Küche usw. Monatlich und wöchentlich. Nach Wunsch Pension. Mäßige Preise. Métro Champerret. Aut. S.C. B. 9- bis C.A. BY. 53 X.

120 Millionen Gewinne der National-Lotterie

Kaufen Sie 1/10 Teile der Lose, **ganze Lose** oder Halbe für die **7te** und alle weiteren Ziehungen in der **altbekannten**

Société Internationale des Envois et des Transferts

37, Rue de Départ — Gare Montparnasse — Paris XIe

die garantierte Zertifikate über Los-Anteile ausstellt. Auf 1/10 können Sie 100.000, 100.000 Franken usw. gewinnen. Geöffnet von 9.30 bis 7 Uhr ununterbrochen. Sonntags von 2 bis 6 Uhr.

Senden Sie nach Russland für Ihre Verwandten Nahrungsmittel, warme Kleidung, Arzneien und Geld auf dem Wege über die größte Hilfs-Vereinigung für Angehörige in Russland. Vermittels durch die Zentrale und ihre Vertretung:

Société Internationale des Envois et des Transferts

51, RUE TURBIGO — PARIS — — — NIZZA: VILLA JEANINE, 26, AVENUE DES FLEURS

zu den allergünstigsten und billigsten Bedingungen. Genaue Auskunft wird auf Anfrage kostenlos zugesandt

Feinste jüdische Selchwaren- und Wiener Bäckerei-Geschäfte Paris

58, AVENUE WAGRAM, Tel. Carnot 27-63

58, RUE DE PASSY, Tel. Auteuil 33-61

Damenschneider

J. Mastchenko

7, Rue du Marché St. Honoré. · Tel. Opéra 72-79

Kleider, Mäntel. · Umarbeitung, Reparierung

Große Verdienstmöglichkeit

Infolge Aufgabe des Geschäfts gebe einen Restposten Schreibmaschinenbürsten, patentiert und überall leicht verkäuflich, zu Schleuderpreis ab. Offerten unter 417 an die „Deutsche Freiheit".

Berücksichtigt die Inserenten der „Deutschen Freiheit"